

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Deutsche Sanktionen?
Sittliche Erneuerer
Die Verschuldung Deutschlands
Der Wahlskandal von Danzig

Das System fürchtet die Sozialdemokratie

Schärfste Offensive der Gestapo

Aus Westdeutschland erhalten wir Berichte über außerordentlich strenge Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie:

»Von verschiedenen Stellen wird mitgeteilt, daß die Gestapo mit geradezu wütendem Eifer gegen Sozialdemokraten vorgeht. Seit etwa sechs bis acht Wochen ist der Druck, das Spitzelwesen und sind die Drohungen gegenüber unseren Genossen so stark geworden, wie noch niemals zuvor. Dabei ist ohne Unterschied festzustellen, daß die Maßnahmen der Gestapo nur gegenüber der SPD auf der ganzen Linie eingesetzt haben.

Aus Kreisen der Polizei erfahren wir, daß die aus dem Ausland kommende Propaganda der SPD die Wut der Hitlerregierung so erregt habe, daß Anweisungen ergangen sind, alle Kraft der Gestapo auf unsere Genossen zu konzentrieren. Es ist angeordnet, jetzt die Reste der KPD, die Kirchenopposition und die konservative Fronde außer acht zu lassen. Die ganze Kraft der Gestapo soll gegen die Sozialdemokratie eingesetzt werden.

Ganz besonders hat das straffe

und wirkungsvolle Berichtswesen der SPD die Regierung erregt. In den verschiedenen Orten sind eingehende Vernehmungen früherer Sozialdemokraten sehr zahlreich. Selbst jeder rein private Kontakt mit früheren Gesinnungsfreunden wird genau überwacht. Wenn sich zufällig frühere Sozialdemokraten treffen, werden sie illegaler Tätigkeit verdächtigt und zur Vernehmung geholt. Militärflichtige Personen erhalten keinen Paß und keine Erlaubnis, ins Ausland zu fahren, auch wenn es sich um einwandfreieste familiäre Angelegenheiten handelt.

Die Verschärfung der Lage in Westdeutschland hängt natürlich mit der Zuspitzung der Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie im ganzen Reiche zusammen. Die Hitleristen machen sich wegen der täglich fortschreitenden Verelendung des Volkes sehr große Sorgen um die Erhaltung des Systems. Nur ein Bild: Lebensmittelmangel überall (pro Woche und pro Familie gibt es ein Viertelpfund Butter und ein Viertelpfund Fett, das ist die nackte Not!) Aerger, Enttäuschung, Wut in allen Graden, Unzufriedenheit eigentlich

aller, feste Gesamtstimmung unserer Genossen, keine Hinneigung zum Kommunismus. Der Regierung ist natürlich nicht unbekannt, daß große Volksschichten in ständig zunehmendem Maße die Erkenntnis bekommen, sie auch sehr häufig äußern, daß die Demokratie nicht nur leichtsinnig verspielt wurde, sondern auch Grundlage für den Staat der Zukunft sein muß.

Weit über die Sozialdemokraten hinaus besteht eine große Sehnsucht nach der verratenen Demokratie, auch bei vielen ihrer ehemaligen Verächter.

Dem System ist es sehr unangenehm, daß in der Opposition keine Stimmung für den Kommunismus besteht; auch bei vielen früheren Kommunisten nicht. Gegen die ganze Verrottung des heutigen Systems hebt sich immer mehr das Bild der modernen Arbeiterbewegung ab. Wir bleiben fest, auch wenn jetzt eine neue unbarmherzige Offensive der Diktatur gegen die Sozialdemokratie harte Opfer fordert.

solte, hochverräterische Handlungen begangen zu haben.

In dem uns aus Hamburg zugegangenen Bericht heißt es wörtlich:

»Die gefällten Urteile übertreffen alle bisher in Hamburg verhängten: Julius Willemssen 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust; Philipp Börth (Lehrling) 3 Jahre Zuchthaus; Walter Böhlis 2 Jahre Zuchthaus; sieben Angeklagte, unter denen sich die Genossen Strader, Otto Dehnke, A. Henke und Lorenz befanden, erhielten 2½ Jahre Gefängnis (alle sieben Jugendliche). Willi Tiedt 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Freigesprochen wurde keiner.«

Trotz der Ungeheuerlichkeit dieses Urteils nahmen alle Angeklagten die Verkündung desselben unerschüttert und gefaßt entgegen. Fest und mit hoherhebenem Haupt marschierten unsere jugendlichen Genossen dreimal zum Oberlandesgericht und zurück. Immer aufrecht, im Gleichschritt, obgleich sie alle an den Händen gefesselt waren, an der Seite die Bewachung, behandelt wie Schwerverbrecher. Von den Richtern wurde zugegeben, daß es sich um bisher unbestrafte, intelligente, aufgeweckte junge Menschen handle, die aus diesen Gründen für ihre Tat voll verantwortlich seien und daher schwere Strafen verdienten. Wie erbärmlich müssen sich die Richter vorkommen, die solche Urteile fällen!

Moralische Niederlage der Nazis in Danzig

Das Obergericht bestätigt den Wahlterror

Die Danziger Nationalsozialisten haben eine moralische Niederlage ersten Ranges erlitten. Das Danziger Obergericht hat die Wahlanfechtungsklagen der Opposition zum erheblichen Teil für berechtigt anerkannt. Es hat nicht die gesamte Wahl für ungültig erklärt, aber es hat den Nationalsozialisten rund 11.000 Stimmen aberkannt. Demzufolge erhalten die Nazis ein Mandat weniger, das an die Sozialdemokraten fällt. Die Bemessung der abziehenden Stimmzahlen ist nach reiner Opportuntheit erfolgt — sie sollte den Nazis nicht die Mehrheit nehmen. Die Begründung des Urteils aber entrollt ein Bild davon, was »freie Wahl« unter nationalsozialistischer Herrschaft bedeutet. Es heißt darin:

»Eine erheblichere Einwirkung auf die Wahl ist aber insoweit festgestellt, als die Regierung öffentliche Einrichtungen im Interesse der NSDAP zur Verfügung gestellt hat, was nach der Rechtslage in Danzig unzulässig ist.

Der Staatliche Hilfsdienst, die Feuerwehr, die Arbeiter des Telegraphenamtes hätten nicht verwendet werden dürfen, um nationalsozialistischen Straßen- und Häuserschmuck anzubringen. Desgleichen hätten die Dienstgebäude nicht einseitig mit den Symbolen der NSDAP geschmückt werden dürfen. Auch hätten die Räume in staatlichen Gebäuden nicht einseitig der NSDAP zur Verfügung gestellt und Wahlversammlungen der Beamten und Angestellten in den Dienststunden abgehalten werden dürfen. Desgleichen hätte der Rundfunk und die Post nicht einseitig für die NSDAP verwandt werden dürfen.

Eine amtliche Wahlbeeinflussung hat das Wahlprüfungsgericht auch darin erblicken müssen, daß der Gauleiter Forster in einer Versammlung der Beamten und Angestellten erklärt hat, daß jeder Beamte und Angestellte, der nicht nationalsozialistisch

wähle, aus dem Dienst des Staates und der Kommune unverzüglich entlassen werden würde.

Es ist allerdings dargetan, warum auch dieser Verstoß keine erhebliche Wirkung gehabt haben dürfte.

Schwerer ins Gewicht fallende Verstöße liegen aber darin, daß besonders auf dem Lande vielfach der Versuch gemacht ist, durch wirtschaftliche Maßnahmen, namentlich Entlassungen aus dem Arbeitsverhältnis, von behördlicher Seite die Wähler der anderen Parteien zur Abgabe ihrer Stimme für die NSDAP zu veranlassen. Insbesondere hat das Wahlprüfungsgericht in drei Fällen (Stutthof, Neulanghorst, Praust) festgestellt, daß die Betriebsappelle dazu mißbraucht worden sind, einen unzulässigen Druck auf die Wähler der anderen Parteien auszuüben. Besonders zu rügen ist hierbei, daß in einzelnen Fällen sogar versucht worden ist, durch derartige Maßnahmen einen Druck auf die Kandidaten der anderen Parteien auszuüben, damit diese ihre Kandidatur aufgaben.

Was das Versagen der örtlichen Polizei anlangt, so wird dieser vorgeworfen nicht nur, daß sie zu Unrecht gegen Agitationshandlungen der nichtnationalsozialistischen Parteien eingeschritten sei, sondern auch, daß sie es unterlassen habe, gegen Uebergriffe einzuschreiten, die sich Anhänger der NSDAP gegen Angehörige gegnerischer Parteien aus politischen Gründen erlaubten.

Ein derartiges Verhalten der Polizei kommt, wenn es erwiesen wird, der positiven Wahlbeeinflussung gleich und muß gleich dieser gewertet werden, denn es enthält wie dieses eine Vernachlässigung der Beamtenpflicht zum gesetzmäßigen Einschreiten und hat dieselbe Wirkung, nämlich die Benachteiligung einer oder mehrerer Parteien.

In der überwiegenden Zahl der von den Einsprucherhebern angeführten Fälle hat sich nun ein Versagen der Polizei nicht ergeben. Dies gilt auch von dem behaupteten mangelnden Schutz der Wahlplakate. Immerhin bleiben mehrere Fälle

übrig, die sehr wohl geeignet waren, bei den Wählern der anderen Parteien das Gefühl der Schutzlosigkeit aufkommen zu lassen und die deshalb als amtliche Wahlbeeinflussung schwerer Art gewertet werden müssen. Hervorzuheben sind namentlich die Vorfälle in Zoppot (Viktoriagarten), in Neuteich und in Rosenberg; die erheblichen Ausschreitungen, zu denen es dort gekommen ist, hätten bei tatkräftigem Einschreiten der Polizei verhindert werden müssen.

Die vor dem Obergericht zur Sprache gekommenen Verstöße bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus dem gewaltigen Terror, den die nationalsozialistische Partei bei der Aprilwahl entfesselt hat. Daß das Obergericht die Wirkung dieses Terrors gerade auf 11.000 Stimmen einschätzt, daß es überhaupt der Meinung ist, daß man seine Wirkung genau auf drei Prozent der nationalsozialistischen Stimmziffer bemessen könne, fällt ins Gebiet politischer Opportunitätsentscheidungen. Die einzig mögliche und richtige Schlußfolgerung, die sich aus dieser Enthüllung des Wahlterrors ergibt, lautet: eine Partei, die so alle Mittel des Parteiterrors und des staatlichen Terrors einsetzt und dann doch nur knapp über 50 Prozent der Stimmen erhält, hat keine Mehrheit im Volke. Dies Urteil des Obergerichtes brandmarkt deshalb die nationalsozialistische Herrschaft in Danzig als verfassungswidrige Diktatur der Minderheit!

Wieder ein Schandurteil in Hamburg

Und dennoch: sie zwingen uns nicht!

Am 5. November 1935 fand vor dem Hamburger Oberlandesgericht ein weiterer Prozeß gegen frühere Sozialdemokraten statt. Es handelt sich hierbei um 12 Jugendliche, z. T. Lehrlinge, die wegen Hochverrat angeklagt waren. Die Angeklagten waren früher Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend und wurden beschuldigt, die Sozialdemokratische Partei weiter aufrecht erhalten und durch Verbreitung von Material, das zum Teil vom Ausland stammen

Die Wahlen in England

Die Wahlen in England haben eine europäische Bedeutung. Sie standen im Zeichen der unbedingten Völkerbundspolitik der Regierung Baldwin. Sie sind ein Glied in der Kette der Ereignisse, die das Wiedererwachen und das Aktivwerden der europäischen Demokratie bezeichnen. Die Regierung Baldwin hat ihren Wahlsieg errungen, weil sie sich zum Frieden, zum Völkerbund, zur Demokratie in Wort und Tat bekannte, und das Votum der Wähler fesselt sie an dies Bekenntnis. Das Eigenleben und der Eigenwille der Arbeiterbewegung hat neben dieser Hauptentscheidung einen schönen Erfolg für die Arbeiterpartei herbeigeführt. Sie hat sich aus der Niederlage von 1931 wieder erhoben, stark und gefestigt steht sie wieder da, und ihre Kraft steht dem englischen Volk zur Verfügung. Die Regierung Baldwin hat ein Mandat vom Volke auf fünf Jahre, sie hat eine Mehrheit von 250 Stimmen im Unterhaus. Labour hat wieder über 150 Mandate und 8,3 Millionen Stimmen gegen 380 Mandate und 10,3 Millionen Stimmen der Konservativen. Die Demokratie ist eine Selbstverständlichkeit in einem Lande, in dem nach der Wahl die Regierungspartei sich beglückwünscht, daß sie wieder eine starke und handlungsfähige Opposition im Parlament hat, und die Opposition erklärt, daß sie nun der Regierung mit ganz anderem Vertrauen gegenüberstehe, da die Wahlen gezeigt hätten, daß die Regierung vom Willen der Volksmehrheit getragen sei.

Dennoch stellen die Wahlen für die Arbeiterpartei eine gewisse Enttäuschung dar. Die Scharte von 1931 ist nur zur Hälfte ausgewetzt. Sie hatte zweifellos wesentlich mehr von dieser Neuwahl für sich erhofft, vor allem seit der letzten Woche des Kampfes, die stimmungsmäßig auf ein besonders gutes Ergebnis schließen lassen konnte.

An die Möglichkeit der Erringung einer

Deutsche Sanktionen?

Regierungsmehrheit hatte allerdings niemand ernstlich mehr gedacht. Doch glaubte man, daß die gegenwärtige Koalitionsmehrheit viel erheblicher zusammenschumpfen würde, als es tatsächlich geschehen ist. Im allgemeinen hat die Arbeiterpartei nur die Hälfte ihres Stimmenverlustes zwischen der Spitzenleistung von 1929 und der Katastrophe von 1931 wieder ausgleichen können. Es gibt auch Ausnahmen, d. h. Fälle, wo selbst die Höchstzahlen von 1929 erreicht oder sogar überschritten wurden.

Worauf es für eine Beurteilung des Ergebnisses besonders ankommt, ist die Feststellung, daß die Arbeiterpartei gegenüber 1934 einen deutlichen Rückschlag erlitten hat. Das ist an Hand der Ziffern in jenen Wahlkreisen nachweisbar, in denen Nachwahlen stattfanden, die der Labour-Party ungeheure Stimmen- und auch einige Mandatgewinne gebracht hatten. Da ist z. B. der klassische Fall von Fulham-Ost, bei London, wo der Arbeiterkandidat Wilmot Ende Oktober 1933 zum ersten Male überhaupt für seine Partei diesen vorwiegend mittelständlerischen Wahlkreis mit einer Mehrheit von 4830 erobert hatte (gegenüber einer konservativen Mehrheit von 1705 in 1929 und von 14.521 in 1931), um ihn jetzt mit einem Rückstand von 1054 wieder an die Konservativen zu verlieren. Wilmot hatte damals seine Kampagne mit radikalen Abrüstungsparolen geführt und gewonnen. Gerade dieser damalige Erfolg hatte in der Folgezeit die radikal-pazifistische Richtung in der Partei gestärkt, die es für richtig und klug hielt, Hitlers Aufrüstung geradezu zu rechtfertigen, in dem sie die eigene Regierung mit dem Schlimmsten der Abrüstungskonferenz belastete.

Ein anderes Beispiel, ebenfalls aus der Londoner Umgebung: Im Wahlkreis Lambeth-Nord gab es 1929 eine knappe Arbeitermehrheit von 542 Stimmen, in 1931 verlor die Partei den Kreis mit einem Rückstand von 7602 Stimmen, eroberte ihn wieder bei einer Nachwahl Ende Oktober 1934 mit 6313 Stimmen Vorsprung und behauptete ihn jetzt mit einer Mehrheit von nur 2056 — also 4200 Stimmen weniger als vor einem Jahre.

Aus diesen zwei Beispielen läßt sich schließen, daß die Wählerschaft aus den Ereignissen des letzten Jahres und vor allem der letzten Monate die Lehre gezogen hat, daß radikal-pazifistische Parolen im Zeitalter Hitlers und Mussolinis keinen Sinn haben.

Auch die Arbeiterbewegung selbst hat diese Erkenntnis gewonnen, wie die Beschlüsse von Margate und Brighton beweisen. Aber diese geistige Umgruppierung vollzog sich nicht ohne nachteilige Rückwirkungen auf die Wählerschaft, zumal die jüngste Führerkrise im ganzen Lande nachwirkte. Der Fall Lansbury-Cripps ist natürlich nicht im entferntesten mit dem Verrat der Macdonald-Snowden-Thomas im Herbst 1931 zu vergleichen, aber der Schaden, der dadurch auch diesmal angerichtet wurde, ist unleugbar.

Wiewird sich nun das Wahlergebnis auf die künftige britische Außenpolitik auswirken? Die Labour-Party hat im Wahlkampf den Verdacht geäußert, daß Baldwin und Hoare nur auf die Bestätigung ihrer Mehrheit warteten, um die bisherige stark betonte Völkerbunds- und Sanktionspolitik abzubauen und, unter Hinweis auf die Widerstände gewisser Staaten innerhalb und außerhalb des Völkerbundes, ein Kompromiß mit Italien anzustreben, bei dem auch Deutschland durch neue Zugeständnisse wieder nach Genf zurückgebracht werden soll.

Gewisse Anzeichen sprechen dafür, daß gewisse Kreise ein solches Einlenken tatsächlich erwogen haben. Noch ist es allerdings schwer, bestimmte Voraussagen zu machen. Sicher ist nur, daß aus dem Konflikt mit Italien und aus den starken Hemmungen und Verzögerungen, die sich bei der Anwendung von Sanktionen in Genf und anderswo bemerkbar machten, die englische Regierung jedenfalls die eine Konsequenz zu ziehen entschlossen ist, daß die britische See- und Luftflotte verstärkt werden müssen.

Die Labour-Party wird dagegen ankämpfen, teils aus ihrer traditionellen Gegnerschaft gegen Rüstungsausgaben, teils überhaupt, weil sie nun einmal »Opposition« ist. Wird sie aber dabei wieder allmählich in ein radikal-pazifistisches Fahrwasser gleiten? Vieles wird dabei von der Person des neuen Führers abhängen. Wenn dieser Führer, wie viel-

Eine braune Spiegelfechterei

Der Bericht über die Entwicklung des deutschen Außenhandels im Oktober bietet eine Reihe interessanter Gesichtspunkte. Der Oktober ist stets für die Ausfuhr ein besonders günstiger Monat, weil der Aufstieg im Herbst, der in erster Linie durch die Rohstoffdeckungen und das Weihnachtsgeschäft bedingt ist, im Oktober seinen Höhepunkt erreicht. Diesmal hat auch eine Steigerung der Rohstoffausfuhr stattgefunden — zum Teil wohl im Zusammenhang mit den abessinischen Ereignissen. Die Regierung hat deshalb Ausführverbote erlassen, durch die die Ausfuhr wichtiger Lebensmittel und industrieller Rohstoffe untersagt wird. Dadurch wird die Kontrolle des Außenhandels, die schon bisher für die Einfuhrseite eine sehr weitgehende gewesen ist, nunmehr auch auf einen wichtigen Teil der Ausfuhr erstreckt.

Die deutsche Regierung wollte dabei im Ausland den Anschein erwecken, als wären diese Verbote eine Art Unterstützung der Sanktionspolitik des Völkerbundes. Sie dachte dadurch namentlich in England gewisse Sympathien zu erwecken. In Wirklichkeit handelt es sich dabei aber nicht um Rücksicht auf die internationale Kriegssituation, sondern um Notmaßnahmen, die die deutsche Kriegswirtschaft erzwingt. Dies geht schon daraus hervor, daß das Ausführverbot für Kartoffeln durch die schlechten deutschen Ernteaussichten veranlaßt ist, und ebenso ist für die anderen Verbote die Knappheit an Fetten, Ölen und industriellen Rohstoffen maßgebend gewesen.

Der deutsche Außenhandel

Die Oktoberausfuhr beträgt 391 Millionen und ist um 18 Millionen höher als im September. Im Oktober 1934 war die Ausfuhr um 16, im Oktober 1933 um 11 Millionen gestiegen. Die Fertigwarenausfuhr ist aber diesmal nur um 8 Millionen gestiegen, die restliche Vermehrung war durch die Steigerung der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr

bedingt, die sich in nächster Zeit infolge der Ausführverbote kaum fortsetzen wird.

Die Einfuhr erhöhte sich ebenfalls um 18 Millionen auf 336 Millionen. Die Steigerung beruht ausschließlich auf der verstärkten Hereinnahme von Lebensmitteln zur Bekämpfung der andauernden Knappheit. Die Mehreinfuhr betrug bei Obst 4,5 Millionen RM, bei Südfrüchten 4,7, bei Eiern 2,9, bei Butter 1,3, bei Schmalz 1,7 und bei Fleisch 2,6 Mill. RM. Trotzdem bleibt die diesjährige Vergrößerung der Lebensmittelzufuhr hinter der des vorjährigen Oktobers, wo die Diktatur noch keine Lebensmittelnot zu produzieren vermocht hatte, erheblich zurück! Die Vermehrung des Angebots ist also ganz ungenügend. Bei dem für die Rinderaufzucht und Milchherzeugung unentbehrlichen Futtermitteln, bei den Oelfrüchten und Oelssaten, ist die Einfuhr sogar um 2,8 Millionen zurückgegangen.

Die Bilanz ergibt für Oktober einen Ausfuhrüberschuß von 55 Millionen, also in gleicher Höhe wie im September. Für den bisher abgelaufenen Jahresabschnitt ergibt sich damit ein kleiner Ausfuhrüberschuß von 24 Millionen Reichsmark. Um die Jahreswende werden die Tendenzen zur Passivität gewöhnlich stärker. Deshalb ist für die Handelsbilanz des ganzen Jahres, wie der amtliche Bericht bemerkt, nicht mehr zu erwarten als ein ungefährender Ausgleich zwischen Einfuhr — Ausfuhr, während im Jahre 1934 ein Einfuhrüberschuß von 284 Millionen zu verzeichnen war.

Dieser »Erfolg« des Neuen Planes, der nur mit fortschreitender Rohstoffknappheit und Lebensmittelnot erkaufte worden ist, wagen aber nicht mal mehr die Nationalsozialisten selbst zu rühmen. In einem Vortrag wies der Reichsbankrat Dr. Eicke kürzlich darauf hin, daß der Ausgleich der Handelsbilanz nur erfolgt sei durch die dauernde Senkung der Einfuhr. Eine Monatsausfuhr, die in diesem Jahre zwischen 300 bis 400 Millionen schwankt, sei aber auf die Dauer nicht ausreichend, um den Einfuhrbedarf zu decken, um so weniger, da noch immer über 500 Millionen RM Warenschulden abgedeckt werden müßten.

Denselben Pessimismus zeigt auch der

amtliche Kommentar über den diesmaligen Handelsausweis:

»Die Aktivsaldo, die die Außenhandelsbilanz in den letzten Monaten unter dem Druck der Zahlungsverpflichtungen und der Devisenlage erzielt hat, könnten zu der Auffassung verleiten, als ob sich der deutsche Außenhandel und in Zusammenhang damit vor allem die deutsche Devisenlage in einer günstigen Entwicklung befänden. Es mußte schon früher wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Außenhandelsbilanz keinen Schluß auf die tatsächliche Devisenlage zuläßt. Heute gilt dies in noch höherem Grade. Abgesehen davon, daß im Rahmen der Verrechnungsabkommen und Kompensationsgeschäfte Devisen überhaupt nicht anfallen, haben insbesondere die Ausfuhrmengen, die den Ausgleich früherer, im Kompensationswege getätigter Einfuhrüberschüsse abdecken, damit handelsstatistisch einen Ausfuhrüberschuß hervorriefen, lediglich frühere Einfuhrüberschüsse abgedeckt. Ferner fordert der scharfe Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten, daß sich die deutsche Ausfuhr den häufig länger werdenden Zahlungszielen seiner fremden Konkurrenten anpassen muß. Damit wächst zwar das Kreditvolumen im Außenhandel und das Außenhandelsvolumen läßt sich unter Umständen dabei aufrechterhalten, Devisen, die für die Bezahlung der Einfuhr benutzt werden könnten, bleiben aber im gleichen Umfang zunächst aus.

Für die Beurteilung der künftigen Lage ist außerdem zu bedenken, daß in den Monaten Juli bis Oktober die Außenhandelsbilanz aus Saisonsgründen sich regelmäßig zu aktivieren pflegt. Nach Abwicklung der Herbst- und Weihnachtsgeschäfte sinkt die Ausfuhr im November zumeist wieder stärker ab, um auch in den Monaten Dezember und insbesondere Januar weiter zu fallen, während die Einfuhr in der gleichen Zeit, und zwar ebenfalls aus Saisonsgründen, zuzunehmen pflegt. Aus der Tatsache, daß die Außenhandelsbilanz, ebenso wie die Ein- und Ausfuhr selbst, saisonmäßigen Schwankungen unterliegt, folgt zwingend, daß die Ergebnisse einzelner Monate niemals allein die jeweilige und die gesamte Devisenlage zu beurteilen gestatten.«

Ist diese Auslassung zwar in erster Linie bestimmt, etwaige Ansprüche der betrogenen Auslandsgläubiger abzuwehren, so zeigt sie doch ganz klar, wie beengt die Möglichkeit genügender Rohstoff- und Lebensmittelversorgung für die deutsche Wirtschaft bleibt.

R. K.

fach angenommen wird, Herbert Morrison ist, der als ein kluger, realpolitischer Kopf gilt und in enger Fühlung auch mit den Gewerkschaften steht, darf man erwarten, daß die Labour-Party nicht in die alten Fehler der letzten zwei Jahre zurückfallen, sondern sich davor hüten wird, daß ihre berechnete Ablehnung maßloser Rüstungsausgaben in eine indirekte Hilfsstellung für den europäischen Faschismus ausartet.

Mit über 150 Mandaten erwächst der Labour-Party im neuen Parlament eine weit größere Verantwortung, weil ihr Einfluß im Lande beträchtlich steigen wird, gemessen an den letzten vier Jahren, in denen ihre parlamentarische Vertretung gar zu schwach war. Diese britische Arbeiteropposition kann eine entscheidende Rolle im internationalen Kampf für Frieden und Demokratie spielen. Möge sie sich dieser Verantwortung stärker bewußt sein, als es manchmal in den letzten 30 Monaten den Anschein hatte. Möge sie insbesondere erkennen, daß die Brandmarkung Hitlers als einer Gefahr für den Frieden und die Zivilisation nicht in erster Linie den Konservativen wie Churchill und Austen Chamberlain überlassen werden sollte, sondern zunächst der englischen Sektion der Sozialistischen Internationale obliegt!

Sittliche Erneuerer

Der Vorsitzende der deutschen Schillerstiftung hat sein Amt niedergelegt. An seiner Stelle wurde der von der Zweigstiftung Weimar vorgeschlagene Staatsrat Dr. Hans Severus Ziegler durch einstimmigen Beschluß des Verwaltungsrates als erster Vorsitzender bestätigt. Ziegler war vor dem Siege der »nationalen Revolution« Schriftleiter des Nazilagers in Weimar. In seinen Mußstunden betätigte er sich homosexuell. Nach dem »Umbruch« wurde er Staatsrat und Staatstheaterintendant in Weimar. Seine Nebenbeschäftigung behielt er bei. Im Februar d. J. konnte man in einer Göbbelschen Presseinstruktion lesen:

»Es wird den Redakteuren nahegelegt, über ein Verfahren gegen den Weimarer Staatstheaterintendanten Dr. Ziegler wegen

Vergehens nach § 175 RStGB möglichst nichts zu berichten.«

Das erste, was man seitdem von Ziegler zu hören bekommt, ist die ihm von der Schillerstiftung zuteil gewordene Ehrung. Was mag aus dem Strafverfahren geworden sein? Hat der Führer zu Zieglers Gunsten von seinem Recht, jedes Strafverfahren niederzuschlagen, Gebrauch gemacht? Zur Schonung der Gefühle Zieglers wird es sich empfehlen, in den Schillerausgaben fortan aus dem Monolog den Don Carlos die Worte »Beim wunderbaren Gott, das Weib ist schön!« und aus dem »Lied an die Freude« den Vers: »Wer ein holdes Weib errungen, mische seinen Jubel ein!« auszusperzen.

Bei dieser Gelegenheit steigt in uns eine Erinnerung auf. Der jugendliche Regierungsassessor Nikolai in Oppeln wurde im Dritten Reich Regierungspräsident in Magdeburg und bald darauf Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern. Er war mit den Vorbereitungen für die Umwandlung Deutschlands in einen Einheitsstaat betraut. In der letzten Januarwoche dieses Jahres hieß es in der Göbbelschen Presseinstruktion:

»Ueber Verhaftung des bisherigen Ministerialdirektors Nikolai vom Reichsministerium des Innern und seines Dieners wegen Vergehens gegen § 175 des RStGB nur amtliche Meldung veröffentlichten, falls solche erfolgt. Die Zeitungen werden dringend gebeten, bei Nachrichten über derartige Verhaftungen größte Zurückhaltung auszuüben. Veröffentlichung nie ohne Rückfrage beim Propagandaministerium.«

Wie man sieht, war Göbbels auf eine Wiederholung solcher Vorkommnisse gefaßt, er kennt seine Leute. Der Fall Nikolai muß schon arg gewesen sein, wenn der Staatsanwalt sich zur Verhaftung des hochgestellten Mannes entschloß. Vermutlich hat die, wenn auch sehr verspätete Entrüstung des Führers über das Treiben von Röhm, Heines u. a. seinen Mut gestärkt. Eine amtliche Meldung über das Verfahren gegen Nikolai ist nicht erfolgt. Annehmend ist es unterdrückt worden. Wann werden die zahlreichen warmen Freunde, die Nikolai in den höheren und höchsten Regionen der nationalsozialistischen Partei hat, seine Beförderung etwa zum obersten Leiter der Erziehung der männlichen Jugend durchsetzen?

Dr. Kurt Schumacher

Im Auslande war vor einigen Wochen das Gerücht verbreitet, der frühere sozialdemokratische Reichstags- und württembergische Landtagsabgeordnete Schumacher sei aus dem Konzentrationslager entlassen. Das trifft leider nicht zu. Er war jahrelang in dem württembergischen Konzentrationslager »Kühberge« und ist nun seit einer Reihe von Monaten in Dachau. Sein Verhalten ist trotz schwerster Erlebnisse so tapfer wie in den ersten Stunden seiner Gefangenschaft. Als Schwerkriegsbeschädigter — er hat im Feldzug einen Arm verloren — hat er mit Erfolg sich gegen die Zumutung gewehrt, sich Zwangsarbeit auferlegen lassen zu müssen. Man versuchte, seinen Willen durch Einzelhaft mit entsprechender Behandlung zu brechen, aber er trat in einen Hungerstreik und hielt ihn 29 Tage durch. Als sein Leben in Gefahr kam, gab das Lagerkommando nach. An eine Entlassung ist aber trotz verlogener Erklärungen, die hohe Naziführer über die baldige Befreiung von Schumacher und Karl Mierendorff an ausländische Frontkämpfer gaben, leider nicht zu denken. Warum nicht? Weil diese Männer Sozialdemokraten sind mehr denn je und man deshalb ihr Beispiel in der Freiheit fürchtet, selbst wenn sie sich nicht politisch betätigen. Noch größer ist immer wieder die Angst, entlassene politische Gefangene könnten ins Ausland gehen und dort die Wahrheit verbreiten. Das wird von mehr oder minder ahnungslosen nationalsozialistischen Gemütern solchen nicht ganz entmenschten Pg. gesagt, die gelegentlich den Lagerkommandanten oder anderen Nazigewaltigen beizubringen suchen, daß nahezu drei Jahre Konzentrationslager doch wohl genügt.

Schumacher, Heilmann, Mierendorff sind die bekanntesten Opfer, die noch immer hinter Stacheldraht oder Gefängnismauern sitzen. Tausende erlitten mit ihnen Kerker und Mißhandlungen nur um der Gesinnung willen und bleiben mit ihnen recht- und schutzlos in Gefangenschaft. Daß wir uns immer wieder ihrer erinnern, ist selbstverständlich. Aber auch die Welt darf sie nicht vergessen. Die Anstrengungen für die politischen Gefangenen in Deutschland dürfen nicht erlahmen.

Deutsche Streiflichter Ein Bischof, aber kein Kämpfer

Bei jungen militanten Katholiken hat es peinlich berührt, daß jüngst unversprochen und glaubhaft durch die Presse gehen konnte, der Bischof von Meissen habe bei seiner Verhaftung einen Nervenzusammenbruch erlitten und in Moabit sofort dem Lazarett zugeführt werden müssen. In der Tat liegen Vergleiche nahe mit Sozialdemokraten und Kommunisten, auch solchen in reiferen Jahren, die in den Folterkellern der Braunen Häuser und in den Konzentrationslagern der Bestialität des Hitlerismus trotzen, ohne dem Feind ein Zeichen von Schwäche zu geben. Und die meisten dieser Marxisten hatten nicht den Glauben, daß der allmächtige und allwissende Gott seine schützende Hand über sie halte, aber sie hatten den Glauben an sich und ihre Sache. Das gab ihnen Kraft zum Widerstand, und so mancher ging seelisch ungebrochen tapfer in den Tod. Wann wird das Christentum in Deutschland die »atheistische« Märtyrer an Glaubenskraft überbieten?

Der Bischof von Trier, Herr Bornewasser, ist jedenfalls nicht gewillt, sich für die katholische Sache sonderlich zu exponieren. Er empfindet es als eine »ungeheuerliche Verleumdung«, wenn man ihn mit den Katholiken in Verbindung bringt, die im Auslande noch die Wahrheit über den Kirchenkampf schreiben dürfen. Triumphierend weiß die nationalsozialistische Presse von Trier die »antideutsche katholische Auslandshetze« scharf ablehnen. Der Bischof von Trier hat es nicht für unter seiner Würde als katholischer Kirchenfürst gehalten, in einem Brief an den nationalsozialistischen »Westdeutschen Beobachter« in Köln ausdrücklich und feierlich von der katholischen Presse im Auslande abzurücken, und zwar nicht von einem Emigrantenblatt, sondern von dem amtlichen Organ des Bischofs von Luxemburg, dem »Luxemburger Wort«. Es war ihm nachgesagt worden, er stehe mit diesem Blatt in Verbindung. Das genügt dem Bischof von Trier, an eines der gehässigsten antikatholischen Blätter im Reich zu schreiben, »daß er diese Behauptung als eine ungeheuerliche Verleumdung eines deutschen Bischofs auffasse.« So rückt ein deutscher Bischof von dem Amtsblatt seines Luxemburger Bischofskollegen ab! Daß ein Bischof überhaupt mit einem Naziblatt in Korrespondenz tritt, ist kennzeichnend genug. Daß er aber die ausländische katholische Kritik an dem Rosenbergschen Kirchenkrieg, die übrigens schwächlich genug ist, in einem Brief an die Todfeinde seiner Kirche preisgibt, ist schlechthin ein Skandal, für den man keine Entschuldigung findet. Ein Bischof, der zu diesem hohen Amt innerlich berufen ist, darf keine Furcht kennen. Wenn er schon glaubte, seine — natürlich nicht vorhandene — Verbindung mit der ausländischen Presse seines Glaubens demontieren zu müssen, so hätte eine würdige Aufklärung in der katholischen Kirchenpresse genügt, die aber, wenn sie dem Recht und der Wahrheit hätte dienen wollen, nicht sachlich von Meldungen und Artikeln der Auslandskatholiken zugunsten ihrer bedrängten deutschen Glaubensbrüder hätte abrücken dürfen.

Die Nazipresse jubelt darüber, daß »ein deutscher Bischof einen scharfen Trennungsstrich zwischen dem Katholizismus diesseits und jenseits der Grenzen zieht.« Mit gewohnter Frochheit verlangt sie gleichzeitig vom Papst, daß er dem Beispiele des Bischofs von Trier folge und seine Stimme gegen die »Hetze« in der katholischen Auslandspresse erhebe. Der Vatikan wird das gewiß nicht tun, — solange er nicht glaubt, noch auf etwas Entgegenkommen in Berlin rechnen zu können. Bestreiten wir den Kirchenfürsten nicht, daß sie Männer von politischer Berechnung sind — allerdings haben sie sich politisch verrechnet — und gestehen wir ihnen auch zu, daß sie vorsichtig taktieren möchten, aber sind sie auch alle Glaubensstreiter Christi? Viele tausende Katholiken im Reich und im Auslande sagen längst und bitter enttäuscht: Nein!

Die Hauptstadt der Bewegung

München hat, wenn wir der nationalsozialistischen Presse glauben dürfen, große Tage erlebt, als die Gefallenen des 9. November 1923, vor deren zuckenden Leibern »Kamerad« Hitler damals ausrief, in Ehrenhallen beigesetzt und der Ruhmglor des Nazibonzenstums sündhaft teure Prunkbauten geweiht wurden. Wie denkt nun eigentlich die Münchner Bevölkerung darüber?

Neue Willkür - neue Rechtsunsicherheit

Die Kompromißverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen

Das braune System hat zwei Monate gebraucht, um die ersten Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen erlassen zu können. Trotzdem fehlt diesen Verordnungen vom 14. November 1935 die Behandlung gerade der Fragen, um die der Streit innerhalb des Systems am heftigsten tobt: die wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit der Juden. Statt dessen werden die Judengesetze durch die Einschaltung von Sonderregelungen für Vierteljuden und Halbjuden derart kompliziert, daß eine Fülle neuer Unklarheiten die Uebersicht noch mehr erschwert.

Zunächst die Hauptsache: Den Volljuden werden alle Rechte genommen. Sie haben das Bürgerrecht ausnahmslos verloren, sie werden aus allen Staatsstellungen entfernt, Frontkämpfer erhalten statt ihrer Rechte ein Trinkgeld. Das schaurige Kapitel »Rassenschande« ist noch erweitert worden. (Verkehr mit Vierteljüdinnen). Für weibliche Angestellte in jüdischen Haushaltungen ist eine erleichternde Uebergangsbestimmung geschaffen worden, die jedoch am Prinzip nichts ändert. Diese Erniedrigungen, Entrechtungen und Entehrungen sind nicht mit einer positiven Klarstellung der den Juden verbleibenden Rechte verbunden. Auch vor der Emanzipation hatten die Juden keine staatsbürgerlichen Rechte. Vergleich man ihre damalige Lage mit der Behandlung der Juden im Dritten Reich, so könnte man von einer Rechtsunsicherheit der Juden im Mittelalter sprechen! Die Verfasser der Verordnungen haben sich vergeblich bemüht, von diesem Kern durch den Wust der Bestimmungen über die Mischlinge abzulenken. Man ist gezwungen, bei der Behandlung der Rechtslage dieser Ausnahmefälle räumlich und zeitlich länger zu verweilen, weil die Verordnungen hier neue Tatbestände geschaffen haben. Trotzdem wird niemand vergessen: Diese Verordnungen haben die Schmach und die Schande der Nürnberger Gesetze nicht vermindert, sondern vermehrt!

Die Nürnberger Gesetze finden ausnahmslos auf Volljuden Anwendung. Volljude ist, wer von vier oder drei jüdischen Großeltern abstammt. Wer nur einen oder zwei jüdische Großeltern hat, ist ein »Mischling«.

Diese absichtlich entehrende Bezeichnung trifft auch die Vierteljuden mit drei arischen und einem jüdischen Großeltern, die ohne weiteres das Reichsbürgerrecht erhalten können. Die Halbjuden mit zwei

jüdischen Elternteilen können dieses Recht nur erhalten, wenn sie weder der jüdischen Religion angehören noch mit Juden verheiratet sind. Die letzte Bestimmung wird ihre Wirkung auf das internationale Eherecht nicht verfehlen. Denn hier wird zugegeben, daß die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft mit Rechtlosigkeit verknüpft ist. Das hat nach der Haager Konvention zur Folge, daß die deutschen Gesetze in den Vertragsstaaten nicht beachtet werden dürfen.

Haben nun die »Mischlinge« durch diese Verordnungen irgend etwas gewonnen? Diese Frage wird man glatt verneinen müssen. Sie haben die Anwartschaft auf ein Recht erhalten. Diese Anwartschaft kann ihnen durch den Reichsinnenminister ohne Angabe von Gründen entzogen werden. Kommt aber der Augenblick, in welchem die endgültigen Ernennungen aller Deutschen zu Reichsbürgern durchgeführt wird, so kann das Regime den »Mischlingen« wieder alles nehmen, was es ihnen jetzt anscheinend in Aussicht gestellt hat. In der Ernennung von Juden zu Ariern hat man sich ja bisher auch keine Beschränkung auferlegt. Um Gesinnungshelden, wie die Le-wald, Milch und Bronnen, zu legalisieren, war bisher der Aufwand zweier Verordnungen nicht nötig. Im Prinzip hat sich nichts geändert.

Zudem enthalten die Verordnungen selbst eine Bestimmung, die völlig eindeutig die Rechtlosigkeit der angeblich privilegierten »Mischlinge« beweist. Der politisch wichtigste Bestandteil dieser Verordnungen ist der § 6 der Verordnung zum Reichsbürgergesetz, der lautet:

1. Soweit in Reichsgesetzen oder in Anordnungen der NSDAP und ihrer Gliederungen Anforderungen an die Reinheit des Blutes gestellt werden, die über Paragraph 5 hinausgehen, bleiben sie unberührt.
2. Sonstige Anforderungen an die Reinheit des Blutes, die über § 5 hinausgehen, dürfen nur mit Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Stellvertreters des Führers gestellt werden.

Diese Vorschrift ist deshalb interessant, weil sie zum ersten Male den Grundsatz aufstellt, daß Anordnungen der NSDAP Reichsgesetzen vorgehen. Aber nicht nur die Partei, sondern auch die sogenannten Gliederungen, also die SA, die SS, der NSBO, die NS-Hago usw. können durch Anordnungen einen Rechtszustand schaffen, der dem Reichsgesetz völlig widerspricht. Der Vierteljude kann also auch in Zukunft kein Handwerk erlernen, weil er ja nicht in die Hitlerjugend aufgenommen wird, deren Mit-

gliedschaft bekanntlich Voraussetzung für die Handwerker Ausbildung ist. Wer gibt ihm die Sicherheit, daß er bei einer zukünftigen Wahl bis zur Wahlurne kommt, wo doch die SS die Möglichkeit hat, durch eine »Anordnung« die Ausübung des Wahlrechts durch einen »Mischling« für unzulässig zu erklären?

Diese Verordnungen nehmen den Juden aller Art alles und geben ihnen nichts. Sie sind dehnbar und können so ausgelegt, so angewendet werden wie es dem Regime paßt. Der anarchische Zustand wird zum Dauerzustand erklärt. Die Zahl der in Deutschland lebenden Juden dürfte noch 400.000 betragen. Mindestens zwei Millionen Deutscher sind Halbjuden. Die Zahl der Vierteljuden ist überhaupt nicht zu schätzen, sie ist sicherlich noch größer. Fünf bis sechs Millionen, fast 10 Prozent aller Deutschen sind zu Paris erklärt und der Willkür derjenigen preisgegeben, die u. a. den 30. Juni auf ihrem Gewissen haben.

Die Vorschriften über das Eherecht der Juden sind konkreter. Vierteljuden dürfen sich nur mit Vollariern verheiraten, Halbjuden dürfen mit Erlaubnis des Ministers Arier heiraten; wird ihnen diese Erlaubnis verweigert, so müssen sie unter den Töchtern Israels wählen. Um diesen Tatbestand herum sind aber wiederum so viele Sollbestimmungen ergangen, daß ein kaum zu lösender Wust von Streiffragen entstehen muß. In allen Fällen hat sich die Bürokratie eingeschaltet, die letzten Endes entscheidet, wer wen heiraten darf oder nicht darf. Auch die Standesämter werden neue, völlig unproduktive Kräfte einstellen müssen. So wird der Kampf für die »Reinheit des Blutes« auf jeden Fall die Wirkung haben, den Staatsapparat aufzublähen. Da klare Bestimmungen nicht vorliegen, wird dieser Apparat nach Willkür entscheiden, der Korruption sind neue Schleusen geöffnet.

Die Verordnungen enthalten noch viele, sehr interessante Einzelheiten, die übergangen werden müssen. Sie ändern nichts an dem hier festgestellten Charakter dieser Gesetzesmache: Bewußt unklar und verworren gestatten diese Bestimmungen jede Willkür, erweitern die Rechte der Bürokratie und erneuern die Schande von Nürnberg. Gleichzeitig sind sie objektiv der Beweis, daß der Wahnsinn des Rassismus sofort in Erscheinung treten muß, wenn man versucht, diese Ausgeburt des Denkens in konkrete Tatbestände und Gesetze umzuwandeln.

Die Rekruten des Herrn Göbbels

Es gab Zeiten, in denen auch in Deutschland von einer Großmacht Presse gesprochen wurde. Erinnern wir uns recht, so war es Wilhelm II., der einmal die führenden Journalisten in den Rang kommandierender Generale erhob — allerdings nur die Redakteure außerhalb seiner Landesgrenzen. Immerhin man konnte in jenen fernen halbabsolutistischen Zeiten noch eine Lippe riskieren, sogar gegen den Kaiser, der höchstens ein ordentliches Rechtsverfahren wegen Majestätsbeleidigung einleitete, aber niemanden, ohne jeden Rechtsschutz einfach jahrelang einsperren oder ganz verschwinden lassen konnte. Es war einmal... Sogar das »Schandgesetz«, die berühmte Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie unter Bismarck und Puttkammer war noch ein großes Stück Freiheit im Vergleich zu den jetzigen Zuständen im Reich.

Vor uns liegt ein Privatbrief, den ein deutscher Literat, ein Mann von weit klingendem Namen, an einen Freund ins Ausland geschrieben hat. Weder der Schriftsteller in Deutschland noch sein gelehrter Freund jenseits der Grenzen haben sich je politisch betätigt. Die beiden verbindet nur historische und religiöse Interessen, und nie wurde in dem Briefwechsel über aktuelle deutsche Politik geschrieben. Dennoch: der Korrespondent in Deutschland ist ängstlich geworden. Das Schicksal eines Freundes, den schon solcher Briefwechsel zum Verhängnis wurde, hat ihn gewarnt. Schon Post aus dem Auslande macht den Privatmann verdächtig. Was tut er also? Er bittet, seinen ausländischen Freund, ihm nicht mehr zu schreiben. Er möge ihm die Gründe anzugeben erlassen. Sein Schritt falle ihm schwer, aber es gehe nicht anders, und der langjährige Freund möge ihm verzeihen. Auch von einem Besuch im Auslande könne nicht mehr die Rede sein, selbst wenn

er keinerlei Devisen erfordere. Wir wiederholen: solcher Brief schiebt ein deutscher Schriftsteller von Rang ins Ausland. Der oberste Sclavenhalter dieser armenigen Zunft von Knechten aber erdreistet sich der Welt zu erzählen, in Deutschland habe man die »veredelte Demokratie« entdeckt und die deutschen Schriftsteller genossen die höchste Freiheit. Hannes Wink.

Ostpreußengeist

Die altpreussischen Offiziere, die durch die kleine Berufsarmee, welche in der Aera Seeckt entwickelt wurde, stellunglos geworden sind, preisen heute den Führer, daß er dem deutschen Volk — will heißen den kaiserlichen Offizieren — die allgemeine Wehrpflicht, will heißen die alten Pfründen, wiedergegeben hat. Es ist keine neue Armee, sagte Hitler, sondern es ist die alte Armee des Kaiserreichs. Das ist durchaus richtig. Wenn es dafür einen Maßstab gibt, dann ist es der gestern und nun heute wieder vorherrschende Ostpreußengeist in der Armee.

Die allgemeine Wehrpflicht war die politische Schule der deutschen Reaktion. Das soll auch heute noch so bleiben. Aus diesem Grunde werden z. B. die aus der Industriearbeiterschaft stammenden Rekruten von Rhein und Ruhr in die ostpreussischen Garnisonen verfrachtet. Triumphierend schreibt die »Preussische Zeitung« vom 3. November 1935 in einem Artikel über die ersten deutschen Wehrpflichtrekruten: »Durch die enge Berührung mit ihren Kameraden und während des Aufendens, der sie hinausführen wird, in das schöne ostpreussische Land, werden sie erkennen, daß die Beziehungen zwischen Wehrmacht und ostpreussischer Bevölkerung besonders enger Art sind.«

Genau wie im Kaiserreich!

Deutschlands Verschuldung

Geständnisse, Lügen und Verschleierungen

Immer wieder bemüht sich die gleichgeschaltete Statistik um die Fälschung der deutschen öffentlichen Finanzen. Besonders seitdem der Nachweis erbracht ist, daß die schwebenden Schulden bei Einrechnung der Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungswechsel sich auf rund 20 Milliarden Reichsmark belaufen, kommt sie nicht zur Ruhe. Immer wieder bringt sie die bekannten Zahlen über den Stand der ausgewiesenen Schulden. Diese sind schon ungünstig genug, und die schlaun Betrüger glauben offenbar, daß die Leser zu Darlegungen Vertrauen haben werden, die eine schon recht bedenkliche Lage aufzeigen. So gesteht denn das Konjunkturinstitut in seiner neuesten Berechnung auch zu, daß die gesamte öffentliche Verschuldung Deutschlands bei Einrechnung von rund 1 Milliarde Reichsmark Arbeitsbeschaffungswechsel der Reichsbahn und Reichspost sich vom 31. März 1933 bis zum 30. Juni 1935 um nicht weniger als 5,3 Milliarden auf 30,8 Milliarden Reichsmark erhöht hat.

Dabei wäre noch zu berücksichtigen, daß die ausländische Schuld infolge der Abwertung des Dollars und des Pfunds um 1,9 Milliarden Reichsmark sich vermindert hat, so daß die tatsächliche Erhöhung der inländischen Schuld sogar 7,2 Milliarden Reichsmark beträgt. Nimmt man noch dazu, daß 1933 in der Schuld 641 Mill. RM Neubesitzanleihe enthalten waren, die nur ein Rechnungsposten waren, da sie weder verzinst noch getilgt zu werden brauchten, jetzt aber an ihrer Stelle 74 Millionen echter Anleihe getreten ist, so beträgt die Neuverschuldung dieser 2 1/2 Jahre nicht weniger als 8 Milliarden R.M., wobei wir auf eine Reihe von kritischen Einwänden verzichten, die gegen die Berechnungsmethode des Instituts im einzelnen erhoben werden könnten, um die Dinge nicht weiter zu komplizieren. Ebensovwenig wollen wir damit rechnen, daß nach den Angaben des Reichsfinanzministers Krosigk im »Deutschen Volkswirt« sich die Gesamtverschuldung des Reiches, der Länder und Gemeinden auf 33 1/2 Milliarden RM und nicht auf 30 1/2 errechnen läßt.

Denn das allein Entscheidende ist, daß das Institut die Hauptsache, nämlich den wirklichen Umfang der Wechselverpflichtungen des Reiches, ja doch nicht klarstellen darf.

Den gibt er nur auf 5 Milliarden an, die Ziffer, die Krosigk als Verpflichtung aus der Arbeitsbeschaffung längst zugestanden hat, und den es noch um rund eine Milliarde herabsetzt, weil in der Reichsbank dafür Schatzanweisungen als Garantie hinterlegt seien. Aber das, was alle Welt interessiert, sind nicht die 5 Milliarden Arbeitsbeschaffungswechsel, sondern die Summe der Rüstungswechsel, die weit darüber hinausgeht. Da verweigert das Institut jede Angabe, allerdings mit einer Begründung, die so köstlich ist, daß sie ausführlich wiedergegeben werden muß:

»Die Summe der fundierten und der schwebenden Reichsschuld ergibt die gesamte »ausgewiesene« Reichsschuld. Neben dieser ausgewiesenen Reichsschuld gibt es keine »geheim« Reichsschuld — wie vielfach, vor allem im Ausland angenommen wird —

sondern nur (!!!) künftige kurzfristige Verpflichtungen des Reiches aus der Steuergutscheinaktion, aus der Zinsvergütungsaktion, aus der kurzfristigen Finanzierung der Arbeitsbeschaffungsprogramme, des Reichsautobahnbaus und schließlich (!) des Wiederaufbaus der deutschen Wehrmacht, die sich formal-rechtlich (!) noch nicht (!) als Schulden des Reiches niedergeschlagen haben.

Ueber die gesamte Höhe dieser außerhalb der ausgewiesenen Reichsschuld bestehenden künftigen Verpflichtungen hat der Reichsfinanzminister erst kürzlich Angaben gemacht (es sind die berühmten, bereits erwähnten 5 Milliarden. R. K.); einzelne (!) dieser Posten — wie der Umlauf an noch einzulösenden Steuergutscheinen, Zinsvergütungsscheinen und Arbeitsbeschaffungswechsel — waren der Größenordnung nach ständig bekannt. Da diese kurzfristigen Verpflichtungen des Reiches jetzt noch nicht fällig (!) sind, sondern — wie für den größten Teil dieser Verpflichtungen gesetzlich festgelegt — erst im Laufe des nächsten Haushaltsjahrs bis 1938/39 einzulösen sind, köp-

nen diese Verpflichtungen des Reiches also (!) auch erst in dem Maße in die Reichsschuld eingehen, in dem die Wechsel fällig und vom Reich eingelöst werden. Bis dahin laufen die Kreditpapiere erst wieder zwischen den bei der Arbeitsbeschaffungsfinanzierung unmittelbar Beteiligten, d. h. zwischen den Trägern der Arbeitsbeschaffung, der Lieferanten und den Finanzierungsinstituten um, oder sie gelangen als Anlagen auf den Geldmarkt, oder sie kommen zum Rediskont zur Reichsbank... Es handelt sich bei den noch nicht ausgewiesenen kurzfristigen Reichsverpflichtungen also nicht nur um ein Geheimnis, sondern um eine besondere Form der öffentlichen Verpflichtungen, die sich aus der Konstruktion (!) der deutschen Arbeitsbeschaffungsfinanzierung von selbst (!) ergeben hat.

Halten wir zunächst das Geständnis fest. Neben der ausgewiesenen Schuld bestehen nichtausgewiesene »Verpflichtungen« in der Höhe X. Denn daß die 5 Krosigk-Milliarden nur die alten Arbeitsbeschaffungsverpflichtungen decken, daß aber darüber hinaus eine weit größere Summe von eigentlichen Rüstungswechseln umlaufen müssen, kann bei den ungeheuren Kosten der deutschen Aufrü-

stung ja nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Aber was hat das, entdeckt das Konjunkturinstitut, mit Schulden zu tun? Schulden haben bisher Laie und Fachmann gemeint, sind Zahlungsverpflichtungen, die der Schuldner für einen bestimmten Zeitpunkt eingegangen ist. Ach wo, meint der Gleichgeschaltete. Das nennen wir nicht mehr Schulden, sondern »Verpflichtungen, die sich aus der »Konstruktion der Finanzierung ergeben« haben. Deshalb: »Geheim Reichsschuld ist nicht« und wir denken gar nicht daran, darüber Angaben zu machen.

Im Grunde genommen ist das auch nicht so besonders wichtig. Denn ob die künstliche Geldvermehrung bis auf 1 Milliarde genau bekannt ist oder nicht, ist bei der Höhe der Summe und dem Tempo ihrer Vermehrung nicht das Wesentliche. Sondern daß die Aufrüstung hemmungslos vorangeht, daß infolgedessen die inflationistische Finanzierung ebenso ungehemmt voranschreitet, daß die Schacht und Krosigk jeden wirkungsvollen Widerstand längst aufgeben mußten, das ist es, was es zur Gewißheit macht, daß die Politik der Diktatur zum völligen Ruin der deutschen Wirtschaft führen muß. R. K.

Ein böser Winter fürs deutsche Volk

Der deutsche Winter verspricht sehr böse zu werden. Die Fleisch-, Butter- und Fettknappheit hält nicht nur an, sondern erfaßt immer weitere Teile des Reiches. Am bedrohlichsten sind offenbar die Verhältnisse auf den Fleischmärkten. Der Göbbels hatte kürzlich gelogen, daß die Fleischknappheit darauf zurückzuführen sei, daß das deutsche Volk zu viel verzehrt habe — infolge der Zunahme des Arbeitseinkommens. Das Statistische Reichsamts stellt nun fest, daß der Fleischverbrauch im September um 2 Prozent unter dem Vorjahrsstand lag. Dabei bestand etwas über 2 Prozent des Verbrauchs aus Büchsenfleisch, so daß der Rückgang an Frischfleisch nach dieser offenbar sehr schönfärberischen Rechnung über 4 Prozent betrug. Aber diese allgemeine Durchschnittsziffer besagt überhaupt nichts. Nach der Statistik über den Marktverkehr in 48 Großstädten betrug der Auftrieb von Schweinen auf den Viehmärkten im September nur noch 148.000 Stück gegenüber 267.000 im August d. J. und 445.000 im September des Vorjahres. Berücksichtigt man auch die Direktzufuhren, die in diesem Jahre infolge des Uebergangs der Fleischer zum Selbstkauf auf dem Lande sich erhöht haben,

so kommt man zu einer Ziffer für die 48 Großstädte von rund 270.000 Stück gegenüber 505.000 Stück im September des Vorjahres. Daß dieser riesige Rückgang durch eine Zunahme des Fleischverbrauchs außerhalb der Großstädte fast völlig kompensiert worden ist, ist durchaus unwahrscheinlich und die Angabe des Statistischen Amtes über eine bloß zwei- oder vierprozentige Verbrauchsminderung deshalb ganz unglaubwürdig.

Der »Reichsnährstand«, der angesichts der steigenden Preise und des zunehmenden Schwarzhandels eine weitere rapide Verminderung des Schweinebestandes für die Zukunft der Fleischversorgung besonders fürchtet, gibt sich alle Mühe, das Angebot von Schweinen noch weiter zu vermindern. Er schreckt dabei auch nicht vor weitgehenden Eingriffen in den einzelnen bäuerlichen Betrieb zurück. Hausschlachtungen von Schweinen bedürfen jetzt der Genehmigung durch den zuständigen Schlachtviehverwertungsverband. Absatz von Fleisch aus landwirtschaftlichen Hausschlachtungen ist verboten. Das gewerbliche Schlachten von Schweinen unter 180 Pfund in Großstädten und unter 190 Pfund an den Märkten wird untersagt. Das Verbot wird auch auf das Schlachten von unreifen Jungrindern ausgedehnt, ein Beweis, daß der Reichsnährstand auch eine Knappheit an Rindfleisch befürchtet. Ob aber die Bauern, denen jetzt der Verkauf ihres Viehs immer mehr erschwert wird, bei den hohen Preisen und der fortschreitenden Verknappung der Futtermittel, ihren Viehbestand durchzuhalten, geschweige denn zu vermehren

große Neigung haben werden, ist mehr als zweifelhaft.

Unterdessen versucht man die Einfuhr zu vermehren; durch Zugeständnisse für ihre Agrareinfuhr ist es gelungen, mit Polen und Ungarn zu Handelsabkommen zu kommen und man hofft, die vermehrte Agrareinfuhr mit verstärkter Industrieausfuhr bezahlen zu können. Also Rückkehr zur »liberalistischen Handelspolitik«. Aber ob es tatsächlich gelingen wird, Industrieprodukte in diesen von der Krise hart mitgenommenen, kaufkraftschwachen Ländern, noch dazu zu den hohen deutschen Preisen, im erforderlichen Umfang abzusetzen, bleibt sehr zweifelhaft.

Unterdessen gerät auch der Käsemarkt in Unordnung. Die Nachfrage steigt. Die Wurst, für die eine Preisbegrenzung nur für bestimmte Sorten besteht, ist schlechter und teurer geworden. Also wendet man sich dem Käse zu, zudem die Verkäufer beim Buttereinkauf einen Druck ausüben, den relativ teuren Käse mitzukaufen. Ebenso wird oft die Margarine-Lieferung von der Mitnahme bestimmter Käsesorten abhängig gemacht. Dabei ergeben sich gewisse Verschiebungen. Hartkäse wird weniger gefragt, da bei dem Verzehr die gewohnte Butter fehlt. Dagegen hat der Verbrauch an Quark und Weichkäse stark zugenommen. Vorläufig scheint das Angebot einigermaßen auszureichen, da die Reichsstelle Quark noch Vorräte aus dem Frühjahr hat, die jetzt zur Verfügung gestellt werden. Aber auch hier droht Knappheit in sehr absehbarer Zeit.

Aber das sind nicht die einzigen Sorgen. Da die allgemeine Belebung der Wirtschaft ausgeblieben ist, die Konjunktur auf die Rüstungsindustrie beschränkt bleibt, wird die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes ein schwieriges Problem. Das Konjunkturinstitut bereitet die Öffentlichkeit schon schonend vor. Es schreibt in seinem neuesten Wochenbericht über die wahrscheinliche Entwicklung im kommenden Winter:

»Die saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter wird von der Höhe der gesamten Beschäftigung, von der Strenge des Winters und besonders von der Zahl der Arbeitskräfte abhängen, die mit Außenarbeiten beschäftigt sind. In den Jahren 1925—1935 lag die saisonmäßige Erhöhung zwischen 0,55 und 1,80 Millionen. Da im gegenwärtigen Aufschwung der Anteil der Arbeitskräfte, die in ihrer Beschäftigung vom Wetter abhängig sind, recht groß ist, so liegt eine saisonmäßig bedingte Zunahme der registrierten Arbeitslosen um mehr als eine Million durchaus im Bereich des Möglichen. Manches deutet darauf hin, daß sich die saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit in

der tatsächlichen Entwicklung voll auswirkte.

Zunehmende Lebensmittelschwierigkeiten bei steigenden Preisen und sinkenden Löhnen und dazu vermehrte Arbeitslosigkeit, das ist das Resultat der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. R. K.

Glück und Pech bei Lutze

In die Dahlemer Villa des Stabschefs Lutze ist ein Dieb eingebrochen. Er fand in einer Nachttischschublade einen goldenen Ring mit Aquamarin, eine goldene Halskette mit drei Aquamarinen (antike Filigranarbeit), einen goldenen Ring mit Jadestein, eine Halskette mit zwei Brillanten, ein silbernes Halsband mit Onyx und Markasit, eine ziselierte goldene Damenuhr, ein Granatarmband und eine Granathalskette. Ferner fielen in seine Hände eine Reitpeitsche mit goldenem Knopf, eine goldene Schlipsnadel und ein goldenes Zigarettenetui mit eingraviertem Wappen. Herr Lutze hat wohl alle diese Wertsachen in der Meinung frei herumliegen lassen, daß sie, da er eine Haussuchung der SA nicht zu befürchten braucht, keines Schutzes bedürften. Er hat sich geirrt. Die Strafslosigkeit, deren sich die Nazis erfreuen, wenn sie das Privateigentum politischer Gegner für sich in Anspruch nehmen, wirkt auch außerhalb ihrer Reihen wie eine Anstiftung zum Stehlen.

Herr Lutze scheint ein sparsamer Mann zu sein. Bis zur »nationalen Revolution« war er nach seiner Angabe im Reichstagshandbuch »Kaufmann in Hannover«. Mit gutem Grunde sagt er über seine kommerzielle Tätigkeit nichts Näheres, denn sie nahm ein Ende mit Schrecken, nämlich für seine Gläubiger. Lutze machte bankrott. Dies scheint in den Kreisen seiner Freunde nicht bekannt geworden zu sein, da er sonst wohl ebenso wie sein Parteigenosse Roever-Oldenburg, der gleichfalls einen schönen Konkurs hingelegt hat, einen Statthalterposten erhalten hätte statt seines, wie das Schicksal seines Vorgängers Röhm zeigt, mit Gefahren verbundenen Amtes. Aber immerhin hat er es in kurzer Zeit zu einer Villa in Dahlem und zum Besitze einer Reihe von Gebrauchsgegenständen aus echtem Material und von wertvollen Edelsteinen gebracht. Freilich hat er sich auf das unbedingt Notwendige beschränkt, denn wie sollte er ohne die Reitpeitsche mit goldenem Knopf bestehen können! Hoffentlich hat er auch goldene Sporen. Wenn nicht, muß er sie sofort anschaffen, zwecks Vervollständigung der Beweise dafür, daß die Geschichte sich gern wiederholt. Wir denken dabei an die Betrachtung des angelsächsischen Mönchs in Heinrich Heines »Schlacht bei Hastings«: Der lausigste Lump aus der Normandie Wird Lord im Lande der Briten. Ich sah einen Schneider aus Bayeux, er kam Mit goldenen Sporen geritten.

Die Gläubiger Lutzes aber, die aus der Konkursmasse nur einen seinen Fähigkeiten entsprechenden, also mehr als bescheidenen Teil ihrer Forderungen erhalten haben, werden sich freuen, denn da ihr Schuldner jetzt offenbar in glänzenden Verhältnissen lebt, wird er sie gewiß voll befriedigen. Oder denkt Herr Lutze: »Dazu habe ich nicht bankrott gemacht, um schließlich doch zu bezahlen?«

Interessant ist, daß Lutze schon ein Wappen besitzt. Das Protzen mit Gold und Preziosen genügt ihm nicht. Welches Emblem auf seinem goldenen Zigarettenetui zu sehen ist, wissen wir nicht. Am passendsten wäre im Hinblick auf seine Vergangenheit wie seine Zukunft ein Vogel: der Pleitegeier!

Juristisches Examen

Im juristischen Examen: »Herr Kandidat, beantworten Sie folgende Fragen: Mit welchen Personen darf ein Mischling mit nur einem jüdischen Großelternanteil die Ehe ohne weiters eingehen, mit welchen Personen kann, aber soll er nicht die Ehe eingehen, mit welchen Personen kann er die Ehe nur kraft besonderer Erlaubnis und mit welchen Personen bei Zuchthausstrafe überhaupt nicht eingehen? Ferner: Bei welchen Gruppen macht ein solcher Viertelsjude sich als Mann durch außerehelichen Geschlechtsverkehr strafbar: Bei Ariern, Viertelsjuden, Halbjuden oder Volljuden? — Sie wissen es nicht? Nun denken Sie einmal, Herr Kandidat, Sie hätten durch Unglück eine jüdische Großmutter. Sie kämen ja im Leben nicht mehr aus dem Zuchthaus raus!«

Training

»Der Abend begann mit einem schneidigen Vortrag über unsere »Unsterblichen Leistungen in Flandern«. Tod und Grauen zogen an uns vorüber und die Helden standen aus ihren Gräbern auf. Dann aber kam der Humor ausgiebig zu seinem Recht...«

(Aus einem westdeutschen Naziblatt.)

Der Herren eigener Geist

»Der Herren eigener Geist« ist ein Buch von einem Hans Günther. Der Verfasser gibt vor, »wissenschaftlich« verfahren und »die Ideologie des Nationalsozialismus« untersuchen zu wollen. Der Vorsatz ist gut, aber die Ausführung miserabel. Der Marxismus wird nicht nur in Deutschland totgeschlagen und verhöhnt, er hat auch stumpfsinnige Feinde im Lager seiner vermeintlichen Freunde. Das Buch Günthers ist ein eindeutiger Beweis dafür.

Wie Götter sieht Günther »die Monopolkapitalisten« hoch oben im siebenten Himmel thronen, die jeden Politiker an der Strippe halten und selbstverständlich niemals das Heft aus der Hand geben müssen. Die gerissenen Hunde! In der Republik haben sie die Sozialdemokraten an der Strippe gehabt, na, und dann haben sie ihre Marionetten spaßhalber mal ausgetauscht und sind vom »Sozialfaschismus« zum richtigen Nationalfaschismus herübergewechselt. Mit Denkerfalten in der Stirn stellt dieser »Theoretiker« Günther (nicht Dinter) fest:

»Daß sich SPD und NSDAP nicht gleich waren, damit ist noch zu wenig behauptet. Sie durften sich nicht gleichen, sie mußten sich in den Haaren liegen, wenn anders sie die gleichen klassenmäßigen Missionen erfüllen konnten. Der Schein ihrer prinzipiellen Gegnerschaft war für die Bourgeoisie im Grunde das Wertvollste am ganzen Geschäft.«

Das ist so intensiv gedacht, daß man förmlich das Gehirn schwellen sieht. Und das nennt sich »Marxismus!« Selbstverständlich kann Günther gar nicht in der Lage sein, weder den Nationalsozialismus, noch die Sozialdemokratie, noch den Kapitalismus zu begreifen. Günther stellt in bezug auf die sozialistische Arbeiterbewegung einen »grundsätzlichen Gegensatz« zwischen dem Parteiapparat und den Massen fest. »Aber nicht, weil es ein Parteiapparat ist, sondern dieser Parteiapparat, weil er zum Träger von Klasseninteressen geworden ist, die nicht die Interessen des Proletariats, sondern der Bourgeoisie sind.« (27) Wer hört hier nicht die Empfehlung, unser eigener Parteiapparat wird das anders machen? Da haben wir die Ideologie des Nationalsozialismus: Apparate machen die Geschichte. Sie thronen souverän über den Dingen, sie können Wege gehen, die ihnen richtig erscheinen und können sich soweit wie sie wollen, von ihrem sozialen Mutterboden entfernen. Die »Parteiapparate« sind nicht an die Gesetzmäßigkeiten der ihm entwachsenen Bewegung gebunden, die Apparate können verraten und sonstwas tun, die Bewegung kümmert sich nicht darum, denn die Anhänger sind ja ohne Bewußtsein. So können dann freilich Apparate den Sieg des Nationalsozialismus verschuldet haben. Und das behauptet Günther auch, nur läßt er offen, warum denn der »geniale kommunistische Apparat das nicht verhindert hat. Offenbar gehört doch etwas mehr dazu. Der »Leninismus« muß wohl doch »die Fortsetzung des Marxismus« sein, denn der von Engels in seiner Analyse über die Revolution von 1848 ausgesprochene Gedanke, daß die Aussichten einer politischen Partei, die solchermaßen denkt, recht kläglich sind, weil »kein vernünftiger Mensch je glauben wird, daß diese elf Männer von meist sehr mittelmaßiger Begabung im Guten wie im Bösen imstande gewesen wären,« die Katastrophe heraufzubeschwören, ist längst durch die »neue« »Erkenntnis« ersetzt, daß ein roter Hitler auch Sozialismus hätte machen können. Die Gegenüberstellung von Masse und Führer ist ja keine Neuigkeit, die Nazis sprechen ja auch von der »armen verführten Masse«. Der Bolschewismus muß bei diesem Problem absolut versagen, denn er steht selbst auf dem Boden des Führerprinzips, was die vorkapitalistischen Daseinsformen seines Ursprungslandes hinreichend erklären. Lenins Theorie wäre hier zu erörtern, doch begnügen wir uns mit einem Zitat aus B. I. Gorew, der im offiziellen Moskauer Staatsverlag 1924 »Erinnerungen aus den Jahren 1895—1905« veröffentlichte und dort schrieb:

»Lenin, der Hauptredner der »Alten« wandte sich aufs schärfste gegen die Neuerungen

(Demokratie in der Organisation F. W.) und schon damals traten seine besonderen Charaktereigenschaften und seine besondere Denkweise in Erscheinung: die Ueberzeugung von der Richtigkeit seiner Ansicht einerseits und der Glaube an die revolutionär theoretische Unfehlbarkeit der sich selbst ergänzenden Gruppe der Berufsrevolutionäre... andererseits. Lenin war gegen jede selbstständige Arbeiterorganisation als solche, er war dagegen, daß man den Arbeitern irgendein besonderes Kontrollrecht einräume usw. Er sagte: »Wenn ihr klassenbewußte vertrauenswürdige einzelne Arbeiter habt, dann nehmt sie in die zentrale Gruppe auf, das ist alles. Darüber hinaus ist eine besondere Arbeiterpolitik nicht notwendig.« Das ist in der großen Gesamtausgabe »Lenin«, im IV. Band, 2. Halbband, S. 402, nachzulesen. Nun, diese Auffassung

Proletariats erscheint dem Bolschewismus daher als die »Arbeiteraristokratie«, die korrumpiert wurde und — im Gegensatz zum modernen Arbeitersozialismus, — wo sie entscheidend ist, für den Kampf verloren ist. Der Nationalsozialismus ist über diesen Teil des Proletariats ebenfalls am meisten erbot, denn diese Schicht hat sich von der früheren Konzeption, deren erster Repräsentant in Deutschland Lassalle war, und die darauf hinauslief, Arbeiter, Kleinbürger und Bauern im Bunde mit anderen konservativen Schichten gegen das aufkommende Bürgertum zu führen, notwendigerweise immer mehr lösen müssen. Die entwickelten Industriearbeiter schlossen sich dann der Perspektive von Marx und Engels an und machten im Gegenteil mit dem Bürgertum gemeinsame Sache gegen Konservatismus und Kleinbürgerei. Der Nationalsozialismus sieht hier den An-

Unter diesem Gesichtspunkt, der zugleich jener des kleinbürgerlichen Nationalsozialismus ist, verflucht er die genannte Blödsinnpolitik. Es verbirgt sich bei ihm dahinter auch die Furcht, durch den Sieg des reinen Arbeitersozialismus in Europa vom fortschrittlichen Westen erdröselt zu werden, wie das in einer Reihe von russischen Theorien sehr klar zum Ausdruck kommt. Der Bolschewismus hegte den Wunsch, in Deutschland eine »Volksrevolution« machen und Arbeiter und Kleinbürger in einer Front sammeln zu können. Und weil er seinen Bankrott nicht eingestehen kann, muß er sowohl die sozialistischen Arbeiter, die schon zu weit waren, um dieser Illusion nachzujagen, wie andererseits den Kleinbürgern, die ihrerseits besser gemerkt haben als Günther und Genossen, daß das Industrieproletariat ganz etwas anderes anstreben muß als das versinkende Kleinbürgertum, grenzenlose Dummheit zum Vorwurf machen. Aber der Dumme ist ein ganz anderer! Günther redet sich ein, die Sozialdemokraten wurden von ihren Führern und die Kleinbürger von den Nazis »verraten«. Warum sie sich »verraten« ließen und nicht jenen folgten, die ständig »Verrat« geschrien haben, weist doch das eigentliche Problem, das Günther natürlich nicht behandelt. Das ist für ihn — dazu hat er die »Analyse« gemacht — ein Welträtsel. »Opfer, die sich selbst den Henkern übergaben! Sklaven, die freiwillig die Ketten schmiedeten. Ein Widerspruch, so unerhört, phantastisch und grotesk, daß er ohne Beispiel in der Geschichte ist. Wirklich ein Welträtsel.« (S. 53.) Vor diesem Buch wußten wir schon etwas mehr, besonders durch das Kommunistische Manifest, aber das ist ja nur Marxismus und nicht »Marxismus - Leninismus - Stalinismus«. In Günthers Buch sind nicht weniger Mythen enthalten als in Büchern, die er polemisch zitiert. Zuweilen weist er selbst darauf hin, wo er einzureihen ist. So wenn er gegen Spengler polemisierend sagt:

»Vor dem Blickfeld der feudalen Ordnung werden die Parteien und Gewerkschaften des Proletariats — bitte nicht erschrecken! — mit der Hochfinanz identisch.«

Warum sollen wir da erschrecken, wir kennen doch die »Theorie« vom Sozialfaschismus und es liegt doch wohl nun klar, daß ihr Ursprung ein ausgesprochen reaktionärer ist, denn auch vom Standpunkt des Kleinbürgers (nicht nur des Feudalen) sind moderner Industrialismus und modernes Industrieproletariat, also Bourgeoisie und Sozialdemokratie, eine Einheit, darum konnten sich diese beiden Kräfte ja auch stets verbünden, wie sich andererseits Kleinbürgertum und Feudale gegen die bürgerliche Erneuerung vereinigt haben. Diese Theorie — und dieses Buch — das ist eben »der Herren eigener Geist«. Das alles sieht Günther nicht, darum herrschen seiner Meinung nach heute auch noch dieselben »Monopolkapitalisten«, die gestern tonangebend waren. Da es außer dem modernen Industrialismus noch die Schwerindustrie, den Großgrundbesitz gibt usw. und in Deutschland stets scharfe Kämpfe zwischen diesen Gruppierungen geführt wurden und daß das Dritte Reich der Sieg ganz bestimmter sozialer Kräfte ist, das sieht Günther nicht. Wenn dies Buch Marxismus wäre, dann dürfte man allerdings sagen: er hat bankrott gemacht. Fred War.

Geistbetrieb

Ein gewisser Karl Thiede aus Berlin hat unlängst Rundschreiben an deutsche Verlage gesandt. Es ist interessant und lautet im Auszug: »Ich habe die Absicht... die Vertretung einiger Verlage zu übernehmen, die ihren Sitz nicht in Berlin haben. Der dauernde Wechsel auf manchen Gebieten, das Kommen und Gehen der Persönlichkeiten in maßgebenden Stellen macht eine dauernde Verbindung mit Berlin nötig... Auskünfte über Reichsstellen, über deren Absichten, über unerwünschte Autoren, Buchverbotswesen, Beschaffung von Empfehlungen, Fühlung mit der Reichspropaganda usw., können am besten von Berlin aus erledigt werden... Zu den maßgebenden Stellen habe ich gute Beziehungen. Auskunft... in der Reichs-Schrifttumskammer... Heil Hitler!«

Folgen der Nichtmischung



kann man haben, aber dann muß man gegen das Führerprinzip zumindestens anders polemisieren als so:

»Sie (die Nazis) bekennen sich zu der nicht weniger romantischen und undialektischen Antithese von Masse und Führer. Kurz, sie verhelfen auch der heroischen Geschichtsauffassung zu einer Renaissance.«

Es bestehen selbstverständlich fundamentale Unterschiede zwischen dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus, aber modern proletarisch ist der Inhalt beider Strömungen nicht und aus diesem Grunde kann der Bolschewismus niemals eine gründliche Analyse des Kleinbürgertums geben, ohne sich selbst zu analysieren. Darum ist Günthers Buch so schwach. Die im Osten heraufsteigenden Bauernvölker müssen zunächst notwendigerweise — wenn das marxistische Gesetz vom gebundenen Sein noch in Kraft ist — eine Ideologie produzieren, die jener unserer eigenen Vergangenheit entspricht. Infolgedessen trägt der Bolschewismus eine Ideologie ins Land, die zwar von gewissen Schichten akzeptiert wird, von den entwickeltesten Proletariern aber nicht mehr angenommen werden kann. Dieser Teil des

fang des Unglücks. So lange sich die Arbeiter im Schlepptau des Kleinbürgertums befanden, hielten sie die Arbeiterbewegung »für einen ganz gesunden Protest«. Im Bolschewismus sehen wir manches von der Lassalle'schen Konzeption neu auferstehen, doch ist der Tragödie die Farce gefolgt. Nicht nur in den Kolonien, auch im entwickelten Europa. Das selbst noch fast kleinbürgerliche, unreife Proletariat läßt sich weitaus günstiger beherrschen als der moderne Teil. Das mußte schon Lassalle erleben, als er seine Organisationsdiktatur durchzuführen suchte. Die große Industrie hat diese Kleingeisterei zerstört, die Eisenacher besiegten die Lassalleaner. Und weil die moderne Arbeiterbewegung ihrem Wesen nach, solange sie allein nicht siegen kann, mit dem modernsten Teil des Bürgertums marschierte, sind die Kleinbürger mit Recht der Meinung, daß Marxismus und Liberalismus Geschwister sind. Sie sind das in der Tat gegenüber Zünftlerei und Kleinbürgerei. Der Bolschewismus bezieht mit seiner »Kritik« an der Sozialdemokratie und durch deren Gleichsetzung mit der Bourgeoisie (Sozialfaschismus) die Position der kleinbürgerlichen Lassalleaner.

Der Niedergang

Göbbels gegen die Kunst.

Das Beste, was die Weimarer Demokratie für die Kunst schaffen konnte, war die Freiheit der Entwicklung. So blühten die Bauhäuser, die Büchergemeinschaften verschiedener Richtungen, die freien Volksbühnen und Theaterorganisationen auf und brachten jeder Schicht das, was ihrem Verständnis entgegenkam. Nur in diesem Wettbewerb war sowohl einfache wie verfeinerte Kunst denkbar. Heute gebärden sich die Hitlerschen Feldwebel, als hätte das Volk in dieser Blütezeit nichts von Kunst gewußt. Also schwandronierte zur Eröffnung des umgebauten Deutschen Opernhauses in Berlin — die Bauarbeiter waren mit »zu Gast geladen« — der Propaganda drauflos, »es sei das Ziel der nationalsozialistischen Politik, die Kunst und Kultur wieder an die breiten Massen des Volkes heran zu tragen.« Dann kam der fulminante Satz:

»Ich bin der Überzeugung, daß eine Kunst, die vom Volk nicht mehr verstanden wird, überhaupt keine Existenzberechtigung hat.«

Das ist primitivste Demagogie. Was heißt denn in diesem Falle »Volk«? Zu allen Zeiten der Geschichte hat das Gros des Volkes einfache Kunst bevorzugt, während feinere, über das allgemeine Zeitniveau hinausragende ästhetische Leistungen nur von einer kleinen Schicht verstanden und gefördert wurden. Das aber war meist die Kunst der Zukunft. Wenn Göbbels Banausenwort richtig wäre, hätte Goethes Faust nie geschrieben werden dürfen, wären die stärksten Kunstleistungen der Weltgeschichte die möglich gewesen. Existenzberechtigung? Die fehlt vor allem einem Regime, das solchen kunstfeindlichen Ungeist losläßt.

Ablehnung im Ausland.

Auch im Ausland will man mit dem neuen deutschen Mameluckenschrift nicht zu tun haben. In einem Briefe an die »Literatur« (Stuttgart) schreibt ein besorgter Auslandsdeutscher: Fast an allen Universitäten des Auslandes seien Lehrstühle für deutsche Sprache und Literatur vorhanden, die zum Teil glänzend besetzt seien. Dagegen werde die deutsche Literatur sehr gering eingeschätzt:

»Von unsern gegenwärtigen Dichtern ist verhältnismäßig wenig ins Englische und Französische übersetzt — (diese Übersetzung ist unerlässlich für die Weltgeltung!), — und die Stoffe interessieren ja auch den Ausländer meist nicht. Die Form aber ist, seien wir ehrlich, in vielen Fällen nicht vollendet genug, um sich durchzusetzen, und der innerste Gehalt ist für die Außenwelt oft zu neu, um zu wirken. Es ist überraschend, wie wenig von der deutschen Literatur im Ausland wirklich lebt. In der großen Welt lebt die französische, die englisch-amerikanische, skandinavische und die altgriechische Literatur. In ihr lebt auch die russische von Dostojewski bis Bunin, selbst die italienische und spanische Literatur fängt an zu leben. Aber die deutsche Literatur steht noch weit zurück!«

Das heißt zwischen den Zeilen: Was jetzt in Hitlerdeutschland produziert wird, ist Mist — während die literarischen Leistungen des demokratischen Deutschlands im Ausland beachtet wurden. Feuchtwanger, Brüder Mann, Zweig, Roth, Gläser, Hesse, Polgar etc. erschienen in vielen Sprachen; Georg Kaiser, Hasenclever, Sternheim, Bruckner, um wiederum nur einige zu nennen, wurden auf allen großen Bühnen des Auslands aufgeführt. Und heute? Tot ist Deutschland drinnen und draußen.

»Primitive Demagogie...«

Auch einer, der sich bisher neutral verhielt und jenseits aller Parteien steht, kann sich angesichts der Kunstfeindlichkeit des braunen Regimes nicht mehr bremsen und protzt ab. Es ist Hermann Hesse — und Will Vesper schreibt in seiner Zeitschrift entsetzt auf: »Ein, wie ich betonen möchte, wirklicher Dichter und Arier...« Dieser H. Hesse schrieb unlängst in »Bonniers Litterären Magazine«, Schwedens führender kritischer Zeitschrift, über neue deutsche Literatur und begann mit einer Verbeugung vor Thomas Mann, nennt ihn:

»einen dankbaren und echten Sohn und Erben der bürgerlichen deutschen Kultur, einer unmodernen und gegenwärtig von vielen Jungen verachteten Kultur, die aber immerhin nicht nur Goethe und Humboldt, Schiller und Hölderlin, Keller, Storm und Fontane, son-

dern auch Nietzsche und Marx hervorgerufen habe.«

Will Vesper schlägt die Hände überm Kopf zusammen: die besten Deutschen werden gegen das Nazitum beschworen und Karl Marx wird neben Goethe und Schiller gerückt! Schließlich werden Juden wie Kafka, Polgar, der Sozialist E. Bloch, Emil Lucica, Stefan Zweig gelobt, indes die Naziliteratur also unter den Tisch fliegt:

»Die jetzige Generation zeigt dagegen einen Hang zu primitiver Demagogie und pathetischen Glaubenssätzen... Ein Großteil der gegenwärtigen »schön-literarischen« Produktion in Deutschland trägt das Gepräge zufälliger Konjunkturen und kann nicht ernst genommen werden. Konjunkturen sind übrigens trügerisch; die Verleger, die z. B. alle unsere Bauernromane herausgeben, machen durchaus keine guten Geschäfte... Aber die offizielle Kritik erwies sich als vollkommen verwirrt und ohne gesunde Instinkte...«

Da bleibt Vespern nur das Stammeln: »Hesse tut, als habe das neue Deutschland keine Dichter; er verriet die deutsche Dichtung der Gegenwart an die Feinde Deutschlands und an das Judentum...« Auch Norwegen gehört schon zu den Feinden? Eigentlich hätte Vesper einige Namen für das braune Lager zitieren müssen, aber Johst und Ewers zu nennen, das war wohl für die »Neue Literatur« zu viel Selbstüberwindung. — »Primitive Demagogie... das Gepräge zufälliger Konjunkturen«, sagt Hermann Hesse.

Die drei Nordmänner

Der braune Romanschreiber Hans Grimm hat auf dem »Deutschen Tag« in New York die drei Nordmänner gefeiert. Wer ist das? Sinds etwa die Skandinavier? Nein, diese echtsten der Norden wählen marxistisch und demokratisch, darum heißen die drei Nordmänner momentan Deutschland, England, Amerika. Die drei sollen den »Menschheitsglauben der Nordleute retten — ausgerechnet USA mit seinem Völkergemisch und seinen beinahe farbigen Südstaaten. Der braune Sendling sagte auf dieser Tagung der amerikanischen Nazi-Vorposten (wir zitieren nach der DAZ):

»Aber zu dem Menschheitsglauben der Nordleute gehört noch eines, zu ihm gehört die unerschütterliche Überzeugung und der Wille und der Mut, daß eben wir Nordleute mit unseren verschiedenen Völkern mit unserem tiefst gleichgearteten Wesen zu Vormännern dieser Erde berufen sind, und daß wir die Vormannschaft so lange behalten werden, so lange wir uns nicht durch müdes und auflösendes Denken und durch schwächliches und eigensüchtiges Handeln selbst verneinen.«

Und um diese Vorherrschaft mit England und Amerika zu teilen, braucht Hitlerdeutschland das Geld der anderen beiden Nordmänner. Sie sagen »Vormann-

schaft« und meinen Kredite. Noch 1934 konnte man ganz anders. Da wurden die Japaner als stammverwandte Nation gefeiert, da schrieb der germanische Rassenonkel Leers, man pfeife auf die »gelbe Gefahr, wenn sie käme, werde das unterdrückte Deutschland« sich nicht für die weiße Kultur engagieren, möge Europa in Trümmern gehen. Grimm weiß das recht gut und sucht darum diese Delirien zu verwischen, indem er meint, das sei einmal gewesen, »verzweifelte Tatmenschen« hätten damals so gesprochen. »Es waren Jahre schwerster Versuchung.« In der japanischen Botschaft reden die hakenkreuzerischen Tatmenschen wieder anders, es kommt aufs Wort nicht so darauf an, wenn Kredite gebraucht werden. In New York salbete ein Grimm von der »Pflege des Herrenrechts, das mit jedem gesunden Menschen nordischen Wesens geboren wird,« während Hitlerdeutschland der italienischen »Mittelmeerrasse« Kriegshilfe leistet und in München dieser Tage Mussolinis geschmeidiger Baron Aloisi mit den Hitlerleuten schacherte. Denn sofern Nordbruder England keine Gelder zur neudeutschen Weltkriegsrüstung gibt, soll er von der kurzbeinigen Mittelmeerrasse

gepflegt werden — und wenn darüber Europa in Flammen aufgeht. Man muß sich wundern, daß es noch Engländer und Amerikaner gibt, die sich solche Rettertruden der Hitlerschen Apostel immer wieder anhören. Auch das fühlt Grimm und so verspricht er am Schlusse, das »deutsche Ringen« ginge dennoch in einer einzigen Richtung:

»... es geht auf eine saubere und klare Lebensordnung in der jeder begabte und gesunde Mensch zu seiner ganzen Entfaltung kommt und bei der nicht mehr ewig versprochen und schön geredet und nie ehrlich gehalten wird.«

Ein Geständnis des ewigen braunen Wortbruchs und der Troulosigkeit, das hiermit festgehalten werden soll.

Das Paradies der Rüpel

»Wenn Ihnen ein Jude in der Straßenbahn nicht Platz macht, so werfen Sie ihn nur vom Sitz. Er muß sich daran gewöhnen, daß heute andere Sitten bei uns herrschen als wie in der Systemzeit...«

(Briefkastennotiz einer norddeutschen Zeitung.)

Goldener Boden gesucht

Im Briefkasten der »Preussischen Zeitung« fragt ein Meckerer an:

»Wann war die Zeit, da das deutsche Handwerk goldenen Boden hatte?«

Hat es im Dritten Reich keinen goldenen Boden? Dann müssen die nationalsozialistischen Agitationsredner vor der Macht ergreifung mächtig gelogen haben.

Ein schwieriger Fall

»Die deutsche Frau, wie sie der Nationalsozialismus sieht, ist scharfzüggig, hartgeschnitten, weich im Herzschlag, muttersam und doch von jener erzenen Bestimmtheit unگریtet, die dem norddeutschen Weibtum Farbe und Gehalt gibt...«

(Aus einer nationalsozialistischen Frauenzeitschrift.)

Neue deutsche Flüsterwitze

Welches ist der teuerste deutsche Gesangsverein? — Der Deutsche Reichstag. Er singt zweimal im Jahre das Horst Wessel-Lied und jedes seiner Mitglieder erhält dafür 600 Reichsmark monatlich. Sein Dirigent ist mehrfacher Millionär geworden und besitzt Schlösser und Land- und Jagdhäuser.

Wissen Sie schon, daß demnächst jeder Deutsche von Regierung wegen ein paar Kaninchen bekommt? — So, warum denn? — Damit sie den Kohl fressen, den die Deutschen täglich durch Regierungsreden vorgekostet bekommen.

Jedem, der unter der Hitlerdiktatur Deutschland bereist hat, wird aufgefallen sein, daß die Deutschen sich scheu nach rechts und links umsehen, ehe sie irgend eine kritische Bemerkung über das Regime auch nur zu flüstern wagen. Man nennt das jetzt im Reiche den »Deutschen Blick« als Ergänzung zum Deutschen Gruß.

Fritz darf nicht dichten

Die Sache mit Fritz begann auf der Hochschule. In einem jener gleichgeschalteten studentischen Internate nämlich, wo alles Drill und selbst das Mittagessen eine militärische Übung ist. Er war ein Schlappschwanz, dieser Fritz, er paßte einfach nicht in das Ehrenkleid. Sein viel zu langer Hals schien sich über den Uniformkragen lustig zu machen, das rötliche Haar ließ die mit dem Hohheitszeichen geschmückte Mütze zu Berge stehen, und den dünnen Beinen waren die Stiefel eine eisenschwere Last. Kein Wunder, daß der Unteroffizier, der für die Wehrhaftmachung der jungen Leute verantwortlich war, sich diesen Fritz besonders aufs Korn nahm. Der Karl — recht geschah ihm! — kam manchmal vor lauter Strafdienst nicht zum Lernen. Aber das Tollste war: er hatte nicht einen Funken Ehrgeiz, der Jammerlappen. Kriegerische Haltung und soldatischer Geist, ohne die kein richtiger NS-Student denkbar ist, gingen völlig ab. Dafür verkroch er sich mit ein paar anderen, von ihm angesteckten, minderwertigen Burschen bei jeder Gelegenheit in einem Winkel und trieb dort verwerfliche Dinge. Das heißt: er las vor. Natürlich keine patriotischen Bücher, sondern Gedichte. Gedichte! Noch dazu selbst geschriebene, lauter hochverräterisches, unmännliches Gemecker gegen den totalen Staat.

Daß dieser Fritz — er verdiente es wirklich nicht, den Namen des großen Preußenkönigs zu tragen — bis zum Examen geduldet wurde, statt vom Hörsaal direkt ins

Gefängnis zu wandern, hatte er nur der Langmut einiger hoher Gönner zu danken, die dem Rektor immer wieder ein Auge zudrückten. Alles atmete auf, als der Schwächling, wie es sich für jeden Deutschen ziemt, von einer Kaserne in die andere, von der Universität zum Militär hinüberwechselte. Dort würde man ihn schon schleifen, meinten seine erbotenen Lehrer. Natürlich kam er in die Sanitätsabteilung, denn für eine vernünftige Offizierskarriere wäre er nicht zu brauchen gewesen.

Zu jener Zeit ging aufs neue eine Welle von Dichtverböten über das Land. Ganze lange Listen wurden angefertigt, auf denen die Namen derer verzeichnet waren, die sich in Zukunft des Schreibens zu enthalten hatten. Fritz ließ sich solches keineswegs zur Warnung dienen. Im Gegenteil! Es wurde immer ärger mit ihm. In durchwachten Nächten beschrieb er das geduldige Papier weiter mit seinen betzerischen Unflätigkeiten gegen die Knechtung des Geistes, kam unausgeschlafen zum Dienst und steckte die wohlverdienten Grobheiten seiner Vorgesetzten so seelenruhig ein, als ginge ihm der deutsche Umbruch überhaupt nichts an.

Das mußte ein Unglück geben. Und es gab eins. Im Gasthaus zum Roten Ochsen — zum Roten Ochsen, bitte! Der Wirt war staatsfeindlicher Umtriebe verdächtig — sagte dieser Fritz wörtlich zu seinen Freunden: »Wir wollen ein Buch machen, das absolut durch den Schinder verbrannt werden muß!« Dann setzte er sich hin und beendet ein schon auf der Hochschule begonnenes Theaterstück, ein beinahe marxistisch zu nennendes, von jüdischem Ungeist diktiertem Machwerk, das den Titel trug — doch davon später. Er ver-

stand es, das Manuskript auf Umwegen ins feindliche Ausland zu befördern. Dort wurde die abscheuliche Eisele unter Beifallstürmen aufgeführt.

In der Kaserne fanden sich zum Glück genügend Zwischenträger, tüchtige Jungen, denen die Gamaschenknöpfe am rechten Fleck saßen. Die Sache kam auf, Verhöre wurden angestellt, Fritz wurde vorgenommen, seine Freunde wurden vorgenommen, das Konzentrationslager schien dem schönen Dichtering gewiß. Aber wieder bewährte sich die Güte der hohen Gönner, man ließ es zunächst bei einer Militärstrafe bewenden — und setzte den Fritz außerdem auf die bewußte Liste. Das heißt, man gab ihm auf, »sech künftig aller nicht medizinischen Schriftstellerei und jeder Verbindung mit dem Ausland zu enthalten.« Eine heilsame Erziehungsmaßnahme, wird jeder Gutgesinnte sagen. Der Fritz war anderer Meinung. Er fühlte sich unmenschlich behandelt und kochte vor ohnmächtiger Wut. »Fritze, Menschenkind,« rieten seine wenigen, wirklich aufrichtigen Freunde, »mach doch einfach ein schnaftes Gedicht auf unsern Führer. Dann erlaubt er Dir das Schreiben bestimmt.« Aber, wie nicht anders zu erwarten, der geborene Hochverräter wies diesen Gedanken entrüstet von sich.

Fritz emigrierte. Bei Nacht und Nebel trug er sein schlechtes Gewissen ins Ausland. Dieses Ausland war nicht sehr weit entfernt. Er wandte sich nicht nach Paris und nicht nach Prag, er fuhr nur — und zwar im Jahre 1782 — von Stuttgart nach Mannheim. Dort hatte er, der Regimentmedikus Friedrich Schiller, die Grenze hinter sich und war dem Machtbereich seines Führers, des Herzogs

Karl Eugen, glücklich entronnen. Dort durfte er wieder dichten, dort durfte er auch die zahlreichen Aufführungen seines heimlich verfaßten Schauspiel »Die Räuber« mit erleben.

Er ist nicht gestorben, dieser Fritz, er lebt heute noch. Aber nach jenem Karl Eugen, der ihn am Dichten verhindern wollte, kräht kein Hahn mehr. Er ist in die Liste jener Despöten eingereiht worden, die im Laufe der Zeit vergeblich versuchten, der Geistesfreiheit den Weg zu versperren. Hugin.

Klara Viebig — verboten

Göbbels hat wieder einige bedeutende Federn Europas auf den Index setzen lassen. Daß Biaseo Ibanez der Schilderer spanischen Volkalebens, und Emile Zola nicht in den braunen Philisterhorizont passen würden, war vorauszusehen, denn der eine war ein Revolutionär, der andere ein glühender Verteidiger staatsbürgerlicher Freiheit. Außerdem flüchteten deutsche Verleger und Leserscharen zu den beiden, verzweifelt ob der Oede der Gleichgeschalteten. Aber die greise Klara Viebig — was hat sie verbrochen? Wer sich an ihr vergreift, vergeht sich an Blut und Boden. Im wilhelminischen Deutschland gehörte sie zu den stärksten Vertretern der Scholienichtung, die damals Heimatkunst hieß. In ihren Eifelgeschichten hat sie den Eifelbauer, in anderen Erzählungen den Boden ihrer rheinischen Heimat mit einer Eindringlichkeit und Kraft geschildert, wie niemand vor ihr. In ihrem Berliner Vor-

Heer Bumke von vorn und von hinten

Der Reichsgerichtspräsident und die Berner Konvention

Präsident des Reichsgerichts des Dritten Reiches ist Herr Bumke. Er ist es noch von Gnaden der gutmütigen Republik, in der er den unbestechlichen Robenträger mimte und die ihm deshalb sogar eine noch höhere Würde, die des Stellvertreters des Reichspräsidenten im Vakuum bei Ableben Hindenburgs, das damals befürchtet wurde, bis zur Neuwahl des Nachfolgers, die man sich noch als in einem Rechtsstaat sich abspielend vorstellte, anvertraute. Herr Bumke ist prominentes Mitglied der sogenannten »Berner Kommission«, eines in Verbindung mit der Völkerbundsinstitution wirkenden Ausschusses autoritativer Persönlichkeiten aus der Welt der Strafrecht und des Strafvollzugs, nach dem genauen Titel: »Internationale Strafrechts- und Gefängnis-Kommission«. Dieser Körperschaft diente Herr Bumke als deutsches Mitglied auch schon mehrfach als Berichterstatter in grundsätzlichen wichtigsten Fragen ihres Forschungs- und Kontrollgebietes. Nun hat schon vor Jahren diese »Berner Kommission« ein »Ensemble de regles«, eine »Sammlung von Regeln für die Gefangenenbehandlung« in den Ländern, die auf Anerkennung ihres zivilisatorischen Charakters Wert legen, aufgestellt. Diese Zusammenstellung wie der in diesen Wochen neu redigierte und den Völkerbundstaaten nimmend einzeln übermittelte Text trägt auch die Unterschrift eben des Herrn Bumke.

Hier einzelnes aus dem Dokument!

Regeln 7 und 8:

»Kleidung und Bettlager sind von der Verwaltung zu liefern... Sie müssen dem Klima und der Gesundheit angepaßt sein.

Die Kost ist von der Verwaltung zu liefern. Sie muß nach Art und Menge so beschaffen sein, daß die Gefangenen gesund und arbeitskräftig bleiben.«

Regeln 10 und 13:

»Soweit als möglich muß die Arbeit belehrend und so beschaffen sein, daß sie den Gefangenen instand setzt, damit seinen Lebensunterhalt nach der Entlassung zu erwerben. Bei der Beschäftigung von Gefangenen ist nach Möglichkeit ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten, dem Beruf, den sie vor der Gefangenschaft ausgeübt haben, und, sofern es angezeigt ist, ihrer Neigung Rechnung zu tragen.

Es ist wichtig, den Gefangenen für die geleistete Arbeit eine Belohnung zu gewähren.«

Regeln 30 und 31:

»Die Verwaltung muß den Gefangenen Gelegenheit geben, sich über die wichtigsten Tagesereignisse auf dem laufenden zu erhalten.

Den Gefangenen muß unter der notwendigen Ueberwachung der Verkehr mit ihren Angehörigen und vertrauenswürdigen Freunden gestattet sein.«

Regeln 36 und 37:

»Die Beseitigung der Disziplinarstrafe der körperlichen Züchtigung ist wünschenswert. Wenn in den einzelnen Staaten für Ausnahmefälle die körperliche Züchtigung noch zugelassen ist, muß die Art ihres Vollzugs gesetzlich geregelt sein. Ist die körperliche Züchtigung zugelassen, so darf sie erst vollzogen werden, nachdem der Arzt

festgestellt hat, daß der Gefangene sie ertragen kann. Sie darf nur von einem Beamten und unter persönlicher Aufsicht des Vorstehers und des Arztes vollzogen werden.

Die Beseitigung der Disziplinarstrafe des Dunkelarrestes ist wünschenswert.«

Regel 43:

»Das gesamte Personal des Gefängnisses ist mit größter Sorgfalt, nicht nur, was die Fähigkeiten, sondern namentlich, was die Charaktereigenschaften angeht, auszuwählen.«

Regel 51:

»Die Beamten dürfen niemals gegen die Gefangenen Waffengewalt anwenden oder sonst tätlich werden, außer in den Fällen der Notwehr und bei einem Fluchtversuch, der sich nicht anders verhindern läßt; sie müssen sich dabei auf das notwendige Maß beschränken.«

Dies alles hat Herr Bumke feierlich mitunterschrieben. Freilich, das ist allerdings Herr Bumke Numero eins, sozusagen Herr Bumke von vorn.

Aber es gibt ja auch eben einen Herrn Bumke Numero zwei — Herr Bumke quasi von hinten! Das ist der Herr Bumke, der ohne Wimpernzucken den Reichstagsbrandprozeß passieren ließ! Das ist Herr Bumke, den auch ein neues forensisches Monstrum, der zu erwartende Thälmannprozeß, nicht verzagen läßt! Der Herr Bumke Nr. 1 mußte von Rechts wegen jenes musterhafte »Ensemble de regles« persönlich an die Tore eines jeden der deutschen Konzentrationslager anheften... Herr Bumke Numero zwei aber meint offensichtlich — denn sonst hätte er ja schon längst irgend etwas sagen müssen, — daß

bezüglich der Regeln 7 und 8:

den Gefangenen in den deutschen Konzentrationslagern, auch grade allerärmsten, die kostspieligen Verpflegungssätze für ihren Aufenthalt und ihr Martyrium in einem deutschen Konzentrationslager nachher bei den Wohlfahrtsstellen von den Pfennigen der Unterstützung ganz mit Recht abgezogen werden dürfen, wie es praktisch auch geschieht. Das nämlich zu erzieherischen Zwecken!

bezüglich der Regeln 10 und 13: daß es weit richtiger ist, etwa ehemalige sozialistische Stadträte, jüdische Anwälte, republikanische Polizeipräsidenten mit Latrinereinigen und Kesselschuppen zu beschäftigen und Photos solchen Schauspiels noch in alle Welt zu versenden, statt sie nach ihrer »Neigung« in Anspruch zu nehmen.

bezüglich der Regeln 30 und 31: daß das Dritte Reich sofort zusammenbrechen würde, wenn man es Freunden eingesperrter Staatsfeinde wirklich gestattete, diese in den Konzentrationslagern zu besuchen, daß es vielmehr gerecht und tunlich wäre, sie in solchem eklatanten Tatfalle selbst sofort einzusperren, da sie ja

deutlicher ihre staatsfeindliche Gesinnung nicht gut bekunden konnten,

bezüglich der Regeln 36 und 37: daß es ruhig dabei bleiben soll, wie Gefangene zu Tode geprügelt werden und daß es mit den Bunkern in Dachau und anderswo seine sittliche Berechtigung und Begründung hat,

bezüglich der Regel 43:

daß ganz selbstverständlich achtzehnjährige SA-Bengel und zwanzigjährige SS-Fruchtchen, die Mehrzahl von ihnen kriminell vorbestraft, und vordem zu keiner nützlichen Arbeit tauglich, grade deshalb auf unschuldige deutsche Menschen unentwegt weiter mit Peitsche und Karabiner losgelassen werden dürfen,

bezüglich der Regel 51:

daß es am besten bei der Heben alten Gewohnheit, einfach und wirksam »auf der Flucht erschießen« als jeweilige Tagesleistung für ein deutsches Konzentrationslager bleiben sollte.

Die braune Bestie zieht ganz allgemein, wenn sie sich ans Ausland wendet, immer noch Weste und Hose und Jackett an und tut so, als wäre gar nichts in Deutschland geschehen... Eine solche doppelte seelische Buchführung handhabt heute so ziemlich jeder Hitlerdeutsche vor Gott und vor der Welt. Aber es gehört auch schon die ganze Naivität des deutschen politischen Denkens dazu, zu glauben, daß das alles da draußen niemand merkt!

H. E.

Pazifist Keitel

Der Herr Generalmajor Keitel, der seit dem 1. Oktober Chef des Wehrmachtamtes im Reichskriegsministerium ist, nimmt im »Völkischen Beobachter« in der gleichen schwillstigen Weise wie es kurz zuvor sein Kollege Reichenau tat, zur neuen Wehrmacht und zum Nationalsozialismus Stellung. Dem General Reichenau soll dieses eindeutige Bekenntnis zum Nationalsozialismus seine inzwischen erfolgte Versetzung eingebracht haben. Sein Nachfolger Keitel macht aber noch viel tiefere Verbeugungen vor dem Führer und seiner Bewegung, sollte er — falls Reichenau nicht aus anderen Gründen versetzt wurde — also bald nachfolgen.

Das Bekenntnis zum Führer ist hundertprozentig und außerordentlich echt. Bemerkenswert aber ist daran, daß dieser General sich als ein großer Pazifist aufspielt. Er setzt sich mit den — offenbar noch immer vorhandenen — Auffassungen auseinander, daß die moderne Kriegsführung kein Wehrpflichtheer, sondern ein langdienendes Berufsheer erfordere. Der Herr Major versteigt sich dabei zu folgenden Ausführungen:

»Wer keinen Angriffskrieg gegen »chinesische Mauern« oder zur Unterjochung fremder Völker vorbereitet, kann auf »Stoßarmeen« aus langdienenden Berufssoldaten verzichten und sich mit kurzer Dienstzeit begnügen. Die Verteidigungskraft des deut-

lichen Soldaten wird unter diesen Einschränkungen sicher nicht leiden.«

Während der eine die kleine Armee als den Ausdruck der Friedensbereitschaft hinstellt, sagt der andere: nein, das Gegenteil ist richtig. Und so sehen wir überall »den Geist des Pazifismus triumphieren« — bis wieder ein Jahrhundert in Flammen steht und uns das Sehen ebenso wie das Hören vergeht.

Statistik

Das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf hat sich der Aufgabe unterzogen, festzustellen, welche Auswirkungen die Gewährung von Ehestandsdarlehen auf die Geburtenziffer hat. Nach den Mitteilungen, die es der nationalsozialistischen Presse zukommen läßt, hat es dabei ermittelt, daß auf tausend Ehen mit Ehestandsdarlehen eine durchschnittliche Fruchtbarkeitsziffer von 37, für die übrigen, ohne Ehestandsdarlehen abgeschlossenen Ehen dagegen nur eine solche von 19 vorhanden war. Mit Genugtuung wird festgestellt: »Die Fruchtbarkeit der Ehen, welche auf Grund von Ehestandsdarlehen geschlossen wurden, war mithin fast doppelt so hoch wie die der Ehen ohne Ehestandsdarlehen.«

Wir vermögen in den ermittelten »Fruchtbarkeitsziffern« nicht das Ergebnis einer Wunderwirkung der Ehestandsdarlehen zu erblicken. Die Statistik über die Geburtenhäufigkeit lehrt seit vielen Jahren, daß die Ehen, deren Partner den ärmeren Bevölkerungskreisen angehören, prozentual viel mehr Geburten aufweisen als die Ehen von Angehörigen der begüterten Kreise. Daran hat sich eben auch im Dritten Reich nichts geändert. Das und nichts anderes lehnen die Feststellungen des Statistischen Staatsamtes der Stadt Düsseldorf. Die Ehestandsdarlehen haben damit so gut wie nichts zu tun.

Würde das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf der Öffentlichkeit mitteilen, welchen Einkommensgruppen die Ehen mit der hohen und die mit der niedrigen »Fruchtbarkeitsziffer« angehören, so würde unsere Auffassung ihre ausdrückliche Bestätigung finden.

Fredheit

Wilhelm Stapel schreibt in seiner Zeitschrift »Deutsches Volkstum«:

»Redner, die auf die Sentimentalität ihrer Hörer die Wirkung ihrer Reden bauen, sind in der Regel ziemlich harte und klare Egoisten.«

Er sollte von seinem Führer respektvoller sprechen.

Wilhelm Stapel schreibt weiter:

»Trösten verträgt kein Pathos.«

Er sollte dem Göbbels, der die Hausfrauen über den Fettmangel hinwegtrösten muß, nicht noch in den Rücken fallen.

Die nichtarischen Lords

»Die Ausländer, die gegen uns eingestellt sind, sind alle mehr oder weniger Juden... kratzt einen Lord, und es kommt ein Jude heraus...« (Aus dem »Stürmer«.)

Winston Churchill, Baldwin, Chamberlain — alles »Weise von Zion«!

ortroman »Die vor den Toren«, leben Menschen, die sich verzweifelt an ihren Schrebergärten klammern, weil sie Mutter Erde unter den Füßen nicht verlieren wollen. Sie hatte die Herbheit deutscher Erde längst besungen, als die Johste noch elende Asphaltliteraten waren und Dilettant Göbbels vergeblich bei jüdischen Milzen unterzukommen suchte. Ihr großer historischer Roman »Die Wacht am Rhein« ist im Kerne so patriotisch wie der Titel. Und jetzt darf sie, die ihre 75 Jahre in Ruhm und Ehren hinter sich gebracht hat, nicht mehr schreiben. Warum? Sie ist mit einem Juden verheiratet. Es zeigt sich also wieder, daß man den scholligsten Schollenroman schreiben, daß man mit allen Fasern im deutschen Boden wurzeln kann — und das arische »Erbiner« geht trotzdem so falsch, wie bei Johsten, als er noch expressionistete, oder bei Ewers und Bronnen, als der eine sich noch mit undeutscher Schweingelei nährte und der andere Vater und Mutter noch nicht geschändet hatte.

Jedoch Klara Viebig hat auch einen patriotischen Ostroman geschrieben: Das schlafende Heer. Die deutsche Wacht gegen Polen lebt darin; der Pole wird als Feind deutschen Wesens gezeichnet. Solche Bücher sind Hitler im Wege, seit er den Korridor und Danzig für die nächsten zehn Jahre verriet. Immerhin darf die Dichterin des schlafenden Heeres von ihrem Werk sagen, daß die antipolnische Tendenz darin erheblich gesitteter auftrat als in den schamlosen Hetzereien und Beschimpfungen, die Hitlers Partei über ein Jahrzehnt gegen den östlichen Nachbarn verübte.

Neue Bücher

Schalom Asch gehört zu den Stärksten unter den Erzählern der Gegenwart. Alle seine Menschen sind Fleisch und Blut und noch die zartesten nehmen unter seiner Feder die rote Farbe des Lebens an. Das gilt auch von Skizzen und Erzählungen »Kinder in der Fremde« (Verlag Allert de Lange). In neunundzwanzig Geschichten zeichnet er seine Welt, die Welt des Ghettos, der jüdischen Auswanderung, des stillen Leidens eines unterdrückten, zersprengten Volkes, seine Glückseligkeit und Tüchtigkeit, seine guten und schlechten Typen. Und so folgt denn dieser Band in viele Länder, nach Polen, Palästina, Frankreich, Amerika. Uneriötetes brennt in allen diesen Menschen, überall ragen die Schatten leidvoller Vergangenheit in ihr Leben, wo immer sie es aufbauen. Ein stiller Humor spielt hinein, der nicht vom Wort her, sondern aus dem Wesen der Menschen kommt, weil von diesem Dichter alles gesehen ist aus den Perspektiven des Menschlichen. Darum erheben sich seine Romane und Novellen auch weit über jede nationale Begrenzung hinaus ins Uebernationale, Ewiggültige.

Ein Stück Vorgeschichte des Dritten Reiches gibt der neue Roman Ernst Glasers »Der letzte Zivilist« (Europäischer Merkur, Paris). Das Deutschland von 1927 bis 1933 wird in ihm lebendig, die Maulwurfsarbeit der braunen Reaktion, das Gesicht ihrer ungehemmten Demagogie. Einzelschicksale und Massengeschehen laufen nebeneinander her, über verrannte, blinde Idealisten, die an Hitlers Erneuerungsschwund glauben,

triumphieren die kalten Rechner und Streber mit den pathologischen Streicher'schen Bluthetzern. Gläser weiß die Vielheit des Geschehens knapp und virtuos einzufangen und die Sonderzüge eines jeden aufzuspielen, die individuelle Besonderheit des einzelnen in der Masse zu zeigen. Er spart nicht mit grellen Effekten, aber ist nicht die ganze Hitlererei von Anfang bis Ende ein einziger barbarisch-blutiger Knalleffekt? Nach Ausbruch des Dritten Reiches fährt der deutsche Auswanderer und Preußenhasser, der gekommen war, um die demokratisch gewordene Heimat wieder zu sehen und in ihr zu bleiben, mit leerer Seele abermals übers Meer, im Ohr noch immer das grauenhafte Lachen, mit dem im eben erstandenen Hitlerdeutschland Menschen geschunden wurden.

Das neue »Arbeiterjahrbuch 1936«, welches die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik soeben herausgebracht hat, ist den Arbeitern und Bauern und ihrer Verständigung gewidmet. Alle Beiträge dienen diesem zeitgemäßen, dringlichen Thema und die Illustrationen von Trapp, Krommer, E. Arnold und Käthe Kollwitz geben dem umfangreichen Werke ungeheure Lebendigkeit und Schlagkraft. In aktuellen und historischen Betrachtungen, in Novellen und Gedichten erlebt der Leser das harte Dasein des Arbeiters der Werkbank wie der Scholle. Die Genossen Ernst Paul und Emil Franzel haben damit ein vorbildliches, vielseitiges Buch zusammengestellt, bei dem auch der anspruchsvollere Leser mit Genuß verweilen wird.

B. Br.

Die Leibesübungen für ältere Frauen behandelt ein neues Heft »Das gefährliche Alter und die Leibesübungen der Frau« von F. W. Gebe. Verlag B. Recla-Graz. Preis K 10.—. Das Heft behandelt die körperlich-seelischen Fragen in den Wechseljahren, es zeigt die Zusammenhänge von Wohlbehagen und Körperkultur recht deutlich auf und bringt ausführliche Erläuterungen der Systematik der Leibesübungen für die ältere Frau und Mutter. Außerdem bringt das Heft noch eine Fülle von Übungsbeispielen und Anleitungen für den Übungsbetrieb.

»Das neuzeitliche Jugendturnen« von Prof. Josef Recla, Verlag B. Recla-Graz. Preis K 39.—. (Umfang 290 Seiten, Ganzleinenband). Die neue Auflage hat ein ganz vorzügliches Buch herausgebracht. Obwohl ein kleiner Teil des Stoffes auf österreichische Verhältnisse zugeschnitten ist, ist das Buch ein außerordentlich guter Behelf für den Übungsleiter im allgemeinen und den Jugend- und Kinderturnwart im besonderen. Das gilt besonders für die Erziehungsfrage, Methode, Stoffauswahl und Planmäßigkeit des Übungsbetriebes. Der praktische Teil bietet eine große Stoffübersicht und eine Reihe von Stundenbildern, welche sich zum praktischen Studium gut eignen. — Wir können das Buch bestens empfehlen.

Hitler-Olympiade!

Die in Nürnberg erscheinende »Fränkische Tageszeitung« schreibt:

»Es wäre ja gelacht, wenn man unseren Olympiademannschaften zumuten würde, sich mit Saujuden und Negern zu messen...«
Neuartige Olympia-Propaganda!

Privat oder politisch?

Die »Deutsche Juristenzeitung«, Berlin, veröffentlicht zwei gerichtliche Entscheidungen aus dem Dritten Reiche, die der Beachtung wert sind.

I.

Im Rheinland verklagte ein Nationalsozialist einen Juden auf Zahlung von Schadenersatz. Er wünschte für eine Benachteiligung entschädigt zu werden, die ihm angeblich im Jahre 1924 (neunzehnhundertvierundzwanzig) zugefügt wurde. Damals ließ sich der Kläger, der als Reisevertreter für eine große rheinische Firma arbeitete, vom völkisch-sozialen Block zum Kölner Stadtverordneten wählen. Der beklagte Jude, zu jener Zeit Syndikus des rheinischen »Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, machte die Firma höflich darauf aufmerksam, daß es zwar das gute Recht des Vertreters sei, sich in welcher Art immer politisch zu betätigen, daß man aber keinem aufrechten Juden zumuten könne, mit einem derart fanatischen Antisemiten in geschäftliche Verbindung zu treten. Da ihr Abnehmerkreis zu vierzig bis fünfzig Prozent aus Juden bestand, forderte die Firma den Vertreter auf, entweder das Stadtverordnetenmandat oder die Vertretung niederzulegen. Der Völkische entschied sich für den zweiten Weg, erhielt am 17. Mai 1924 die Kündigung und durfte sich seiner vertragmäßigen Bezüge noch sechs Monate lang — bis zum 1. Dezember 1924 — ohne Arbeit erfreuen. Nunmehr, im Jahre 1935, fordert er von dem damaligen jüdischen Syndikus eine Entschädigung für anschließende Arbeitslosigkeit. Dieser alte Kämpfer ist also jederzeit bereit, sich die Opfer, die er für seinen Führer brachte und deren er sich seither genugsam gerühmt haben dürfte, von einem Juden bezahlen zu lassen.

Die Klage ging vom Landgericht an das Oberlandesgericht, von da an das Landgericht zurück und landete schließlich, weil den kleineren Richtern jeder Mut zur Entscheidung fehlte, beim Reichsgericht. Die dort nicht nur in Amt und Würden, sondern auch in Lohn und Brot befindlichen Herren drehten und krümmten sich wie gewöhnlich und erließen endlich einen doppelzüngigen Spruch, in dem sie erklärten, der Arbeitgeber hätte den Kläger auch entlassen, wenn er von anderer Seite auf dessen politische Tätigkeit aufmerksam gemacht worden wäre. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem »angezogenen« Brief und der Kündigung bestünde nicht, und es könne somit kein Schadenersatz gefordert werden. Aber — und nun kommt der eigentliche Dreh — der beklagte Jude habe »politische und private Angelegenheiten in unzulässiger Weise miteinander verquickt«. Das widerspreche dem Empfinden »aller billig und gerecht Denkenden«. Daß seit dem März 1933 aber tausend Neinsager um ihrer Gesinnung willen aus den Betrieben geworfen worden sind, daß sie ihre politische Einstellung mit höchst privatem Hunger büßen müssen, widerspricht diesem »Empfinden« offenbar nicht.

Der reichsrichterliche Kratzfuß vor Streicher bedeutet natürlich Auslieferung des Juden an den sogenannten Volkszorn, bedeutet wahrscheinlich Schutzhaft und sicher Vernichtung der Existenz. Wehe dem Freigesprochenen!

II.

In dem zweiten Fall, über den dieselbe Zeitschrift am selben Tage berichtet, trat als Antragsteller ein Warenhaus auf, als Antraggegner der stellvertretende, später ordentliche Kreisamtsleiter der NS-Hago in W. Schon diese Parteienkonstellation ließ den Ausgang der Angelegenheit kaum zweifelhaft erscheinen.

Was ging voraus? Der erwähnte Kreisamtsleiter ließ eines Tages an Häusern, Schaufenstern und Ladentüren des Ortes große Plakate anbringen, auf denen das Warenhaus als »jüdisches Unternehmen« gekennzeichnet wurde. Es handelte sich dabei — wie gewöhnlich — um einen Textauszug aus dem »Stürmer«. Die in solcher Weise geschädigte Firma beantragte beim Landgericht, das Anbringen der Plakate durch eine einstweilige Verfügung zu verbieten und begründete dies Verlangen damit, daß der Text nicht der Wahrheit entspräche. Der namentlich genannte jüdische Hauptaktionär sei inzwischen ausgeschieden und das Haus befinde sich in rein arischen Händen. Außerdem unterhalte der

Vater des Kreisleiters im gleichen Ort ein Geschäft gleicher Art und der Kreisleiter selbst sei Angestellter dieses Geschäftes. Unter diesen Umständen liege der Verdacht nahe, daß der Plakatkleber aus persönlichen Konkurrenzinteressen gehandelt habe.

Sogar das Landgericht konnte sich diesen Gründen nicht verschließen und verfügte antragsgemäß. Aber das Oberlandesgericht versetzte der Vorinstanz eine dem Führer wohlgefällige Ohrfeige. Es legte dem Antragsteller — also dem öffentlich zu unrecht angebrachten Warenhaus — die Kosten auf und sagte in der Begründung, der Rechtsweg sei von vornherein ausgeschlossen gewesen, weil der Kreisleiter nicht als gleichgeordnete Privatperson, sondern in Ausübung öffentlicher Gewalt gehandelt habe. Zwar habe er das nicht nach außen zu erkennen gegeben, denn die Plakate trugen keinerlei Unterschrift, aber der Bericht des Stürmers sei »erst nach Erörterung mit den Ortsamtsleitern und mit Genehmigung des Gauamtsleiters der NS-Hago« in Plakatform herausgegeben worden. Das Schönste an der Begründung aber ist ein Nachsatz, der also lautet:

»Im Einklang hiermit stehe es, daß die Drucklegung auf Rechnung der Kreiskasse erfolgt ist.«

Damit ist natürlich endgültig bewiesen, daß der Kreisleiter und Warenhaussohn mit lauterem Herzen gehandelt haben muß. Zwar zog sein Vater und einzig sein Vater aus der schmutzigen Plakataffäre klingenden

Gewinn, zwar dürfte für den Sohn und Angestellten von diesem Gewinn einiges abgefallen sein, aber wenn eine Kreiskasse die Schiebung finanziert hat, fühlt sich jeder gleichgeschaltete Richter verpflichtet, beide Augen zuzudrücken und den Fall — wie es im Amtsstubenjargon heißt — »bewenden zu lassen.«

Hält man die beiden zitierten Entscheidungen, das Reichsgerichtsurteil und die Verfügung des Oberlandesgerichts nebeneinander, so ergibt sich folgender neudeutsche Rechtsgrundsatz:

Ein Jude, der mit den Beleidigern und Verleumdern seiner Rasse keine Geschäfte machen will, hat unrecht, denn er verquickt »politische und private Interessens«. Ein nationalsozialistischer Parteipascha, der in amtlicher Eigenschaft und unter Inanspruchnahme öffentlicher Gelder einen Volksgenossen verleumdete, um sich von dessen lästiger Konkurrenz zu befreien, hat recht, denn bei den braunen Volkführern fallen politische und private Interessen derart zusammen, daß eine noch engere Verquickung garnicht möglich ist.

Wenn das braune Deutschland von seinen Tyrannen in Grund und Boden gestampft würde, wenn künftige Geschichtsforscher kein anderes Material vorfinden, als ein paar nebensächliche Gerichtsentscheidungen aus dem Jahre 1935 — sie könnten selbst von diesen mageren papiernen Zeugen über die staatliche Unmoral der nationalsozialistischen Schreckenszeit belehrt werden.

Neuer Lohnabbau in Sicht!

Aber Schutz den Direktorengehältern

In diesen Tagen ist eine Durchführungsverordnung des »Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit« erschienen, die den Treuhänder der Arbeit ermächtigt, einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen oder auch bestimmte Belegschaftsmitglieder aus dem Geltungsbereich der sie betreffenden Lohnsätze auszuschließen, wenn es ihnen aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen dringend geboten erscheint. Das Institut für Konjunkturforschung hat vor kurzem vorausgesagt, daß im Winter die Arbeitslosigkeit um rund 1½ Millionen zunehmen würde. Die neue Verfügung soll also den Unternehmern ermöglichen, der Gefahr des Sinkens der Rentabilität auf Kosten der Löhne zu begegnen. Gleichzeitig würde dafür gesorgt, daß die Fehlschläge nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik in der Arbeitslosenstatistik nicht allzu sichtbaren Ausdruck finden.

Die Verordnung bestimmt, daß die Außerkräftsetzung des Lohns auch mit rückwirkender Kraft vorgenommen werden kann. Der Arbeiter und Angestellte kann also gezwungen werden, dem Unternehmer den bereits gezahlten Lohn zurückzuerstatten.

Das Versprechen von Nürnberg, die durch die Teuerung entwerteten Löhne wenigstens dem Geldbetrage nach stabil zu erhalten, ist bereits nach einem Vierteljahr gebrochen. Während die Lebensmittel immer unerschwinglicher und immer seltener werden, steht eine neue Lohnabbauwelle bevor. Gleichzeitig steigen aber die Tantiemen und Gehälter der Direktoren und Generaldirektoren, nachdem man eine Zeitlang in dieser Hinsicht eine gewisse Zurückhaltung geübt hat. Die Herren Wirtschaftsführer glauben mit Recht, daß sie der Welt keine Schamhaftigkeit im Nehmen mehr vorzutäuschen brauchen, weil sie hinter dem breiten Rücken Schachts sich vor schoelen Blicken sicher fühlen. Das hindert nicht, daß das Mißverhältnis zwischen Rieseneinkommen hier und sinkender Lebenshaltung dort so starke Erbitterung hervorruft, daß die nationalsozialistische Presse davon Kenntnis nehmen und dagegen ankämpfen muß. »Die Deutsche Allgemeine Zeitung« spricht davon, daß sich ein Unwetter der Mißbilligung und Kritik über jenen Direktorengehältern zusammenziehe, die im letzten Geschäftsjahr gestiegen sind. Nicht an der Höhe der Gehälter, aber an ihrer Veröffentlichung, ohne die es ja auch keinen Sturm der Mißbilligung gäbe, ist wieder einmal das »Schmachsystem« schuld. Die Regierung Brüning hatte verordnet, daß in den Geschäftsberichten die Höhe der Vorstandsbezüge mitzuteilen sei. Im neuen Aktienrecht wird dafür gesorgt sein, daß ein solcher Eingriff in die Selbst-

herrlichkeit der »Führer« nicht mehr stattfinden kann.

In einem Artikel »Das Führerprinzip im Aktienrecht«, enthalten in der »Frankfurter Zeitung« vom 27. Oktober, rügt Reichsgerichtsrat i. R. Dr. E. Brodmann, daß mit der Ausschaltung der Generalversammlung bei der Festsetzung der Jahresbilanz »der Führer damit auch über seine eigenen Bezüge (Tantieme) selbsterhöhen zu bestimmen hätte. Bis dahin muß man sich begnügen, der Welt klarzumachen, daß zwar »der hartarbeitende, ehrliche deutsche Unternehmer nicht will«, wie Schachts Organ »Der Volkswirt« schreibt, »daß das Volksempfinden durch unmotivierte Steigerungen hoher Direktorengehälter verletzt wird«, und zugleich zu erklären, woran es liegt, daß sie dennoch gesteigert werden.

»Für Riesengehälter und ihre Erhöhung ist freilich nicht die Zeit. Wo aber das feste Gehalt verhältnismäßig niedrig liegt und Tantiemberechnung dafür sorgt, daß die Leistung bezahlt wird, die Leistung für den Betrieb und seiner Angehörigen, da wird im nationalsozialistischen Geist gehandelt.«

Gehalt ist also liberalistisch, Tantieme nationalsozialistisch.

Nun ist zwar klar, daß die Entrüstung gegen die persönliche Bereicherung der »Führerpersönlichkeiten« sich an das Symptom hält, anstatt bis zur Wurzel zu dringen. Die Direktorengehälter sind nur ein Teil, bei weitem nicht der größte der kapitalistischen Bereicherung, deren Kehrseite eine ebenso ungeheuerliche Verarmung ist. Man übersieht über dem Symptom das Wesen, daß die kapitalistische Produktion zwangsläufig über die Schranken des Absatzmarktes hinauswächst und schließlich den Wert ihres Kapitals durch Kapitalvernichtung zu retten sucht, für die das sinnfälligste Beispiel die deutsche Aufrüstung ist. »Der deutsche Volkswirt« begründet die Höhe der Direktorengehälter mit dem nationalsozialistischen Leistungsgrundsatz. Aber die »Staatskonjunktur« macht gerade die spezifische Unternehmerleistung überflüssig. Das Einkommen der Unternehmer der Rüstungsindustrie ist eigentlich nur eine Bezahlung dafür, daß sie sich zu ausführenden Organen einer ungeheuren Kapitalvergeudung gebrauchen lassen. So verwandelt sich im Dritten Reich der Unternehmerlohn in eine Staatspension.

Die steigenden Einkünfte der Herren Direktoren sind aber nicht nur eine angenehme Sache für sie selbst, sondern auch eine nützliche für ihre Unternehmungen, denn sie erlauben, die Dividende so niedrig zu halten, daß die sonst gesetzlich vorgeschriebene Anlage in Staatspapieren umgangen

werden kann. Die Steigerung von Gehalt und Tantieme des Vorstandes ist also nebenbei ein Mittel, sich der Verstrickung in die Schuldenwirtschaft des Dritten Reiches zu entziehen. Daran knüpft die »Deutsche Allgemeine Zeitung« an, wenn sie schreibt, auf längere Sicht gesehen dürfte das Bedürfnis des Staates nach Konsolidierung einen wichtigen und zeitgemäßen Beitrag zur Lösung des Problems der Direktorengehälter liefern. Das heißt: Man läßt den Unternehmern vorläufig ihre hohen Gewinne, um sie später zur Bezahlung der Reichsschulden beschlagnahmen zu können. Das ist aber nur eine Beruhigung für naive Gemüter. Wie aus Schachts Dresdner Rede hervorgeht, rechnet er nicht damit, daß die Unternehmer dem Hitlerreiche helfen, sondern daß sie es um Hilfe angehen. Deshalb hat er sie nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Bildung von Rücklagen hingewiesen, die nicht dazu verhelfen sollen, daß das Reich seine Ueberschuldung, sondern daß die Unternehmer, die nach Schachts Prophezeiung bevorstehenden »Notstände und Konjunkturschrumpfungen« durchhalten. Wenn sie eintreten, wird die Entrüstung sich nicht nur gegen überhohe Direktorengehälter richten, sondern gegen das Verhängnis nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik.

G. A. Frey.

Bucheckern

Die letzte Weisheit von Darré's »Agrarsozialismus«

Nicht nur die Schlangen der Hausfrauen, welche um Lebensmittel anstehen, kommen wieder, das Kriegs-Rationierungssystem für die Verbraucher, die Zwangsbewirtschaftung für Erzeuger sind schon da. Jetzt ist auch, wie ebenfalls in den Kriegsjahren, das Sammeln der Bucheckern amtlich angeordnet. Die Landesbauernschaft Hannover gibt jetzt für 17 Kreisbauernschaften zur »Ausnutzung der Buchenmast« die vorhandenen Oelmöhlen bekannt. Die Bekanntmachung wird mit folgendem Aufruf versehen:

»Wir haben in diesem Jahre im allgemeinen eine gute bis mittlere Bucheckernernte zu verzeichnen. In Anbetracht der Oel- und Fettknappheit ist es deshalb dringend erforderlich, daß diese Ernte für die Oelgewinnung weitestgehend ausgenutzt wird. Um die Ernte an Bucheckern für die Oelgewinnung nutzbar zu machen, sind Bucheckern auch in diesem Jahre in die Förderungsmaßnahmen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Oelgewinnung aus Oelbäumen einbezogen worden. Die Oelmöhlen werden durch Bewilligung einer Ausgleichsvergütung von 50 Mark für 1000 Kilogramm Oel in die Lage versetzt, den Sammlern von Bucheckern einen Kaufpreis von 16 Mark für den Doppelzentner zu zahlen... Das Verwaltungsamt des Reichsbauernführers hat verfügt, daß die Waldbesitzer die Sammelstätigkeit im Zusammenwirken mit den Ortsstellen des Reichsnährstandes und den anderen beteiligten Stellen in die Wege leiten.«

Dieser Notschrei beweist deutlicher als alle andere, daß es mit allen lebenswichtigen Nahrungsmitteln hapert und daß die Sorgen der braunen Machthaber schon sehr groß sein müssen, wenn sie sogar zum Sammeln von Bucheckern auffordern. Das deutsche Volk wird einen Hungerwinter erleben.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphiae«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60). Belgien Frs. 2.45 (29.50). Bulgarien Lew 8.— (96.—). Danzig Guld. 0.45 (5.40). Deutschland Mk. 0.25 (3.—). Estland E. Kr. 0.22 (2.64). Finnland Fmk. 4.— (48.—). Frankreich Frs. 1.50 (18.—). Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—). Holland Gld. 0.15 (1.80). Italien Lir. 1.10 (13.20). Jugoslawien Din. 4.50 (54.—). Lettland Lat. 0.30 (3.60). Litauen Lit. 0.55 (6.60). Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50). Norwegen Kr. 0.35 (4.20). Oesterreich Sch. 0.40 (4.80). Palästina P. Pf. 0.020 (0.216). Polen Zloty 0.50 (6.—). Portugal Esc. 2.— (24.—). Rumänien Lei 10.— (120.—). Schweden Kr. 0.35 (4.20). Schweiz Frs. 0.30 (3.60). Spanien Pes. 0.70 (8.40). Ungarn Pengö 0.35 (4.20). USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakische Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.